

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Gerechtigkeit...

hier „Das Jüngste Gericht“ nach eine Holzschnitt aus
der Schedelschen Weltchronik, Nürnberg, 1493

PKK beschließt
Rückzug der Guerilla
aus der Türkei
S. 3

„Free Leonard
Peltier!“
S. 6

EU im
Ostseeraum
S.11

Vor den
Landtagswahlen
S. 13

Dokumentiert:
Gerechtigkeit
ist modern
S.16



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redateure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

GOLDGRÄBERSTIMMUNG. Am 1. Oktober wird die für die Auftragsvergabe für Wiederaufbauarbeiten im Kosovo zuständige EU-Agentur ihre Arbeit in Pristina aufnehmen. 150 Mio. Euro stellt die EU allein bis Jahresende zur Verfügung. Derweil geht das deutsche Kapital in die Startlöcher: Mitte September veranstaltet das „Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft“ eine Unternehmerreise nach Mazedonien und in den Kosovo, im Oktober findet ein deutsch-bulgarisch-rumänisches Unternehmertreffen statt, im November kommen deutsche Konzerne mit (potentiellen) Geschäftspartnern aus Bosnien und Herzegowina zusammen, im Dezember lädt der Deutsche Industrie- und Handelstag zu einer „Wiederaufbaukonferenz“ nach Berlin. Das Bundeswirtschaftsministerium, das über die „Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai)“ für das expansionswütige Kapital einen Service bereithält, rät den deutschen Unternehmen dazu, sich nicht selbst, sondern vermittelt von Tochterfirmen in Südosteuropa um Aufträge zu bemühen; gegebenenfalls sei die Neugründung von Zweigunternehmen „günstig und empfehlenswert“. Die eigentliche Beute jedoch ist nicht der Kosovo, der nur so groß wie Rheinland-Pfalz ist und vornehmlich von der Landwirtschaft lebt, weshalb der Bundesverband Deutscher Unternehmer seiner Klientel rät: „Geht in den Kosovo und verfolgt von dort die Öffnung Serbien!“

OSTEXPANSION. 1998 wurde das deutsche Kapital erstmals größter ausländischer Investor in Polen, und zwar mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 5,1 Mrd. US\$. Auch auf den anderen Märkten nimmt die Abhängigkeit des Nachbarlandes von Deutschland zu: Mit einem Anteil von 36,3% an den polnischen Exporten ist die BRD größter Abnehmer, d.h. Polen richtet die Produktion zunehmend an der deutschen Nachfrage aus. Der Anteil der Importe aus Deutschland lag 1998 bei 25,8%. Damit ist Polen für die BRD das bisher wichtigste Expansionsgebiet im Osten und zugleich Stützpunkt weiterer Ostexpansion.

UNSICHERES DRITTLAND. Ein britisches Gericht hat im Rahmen einer Grundsatzentscheidung befunden, daß Asylsuchende, die nach einer Ablehnung durch die BRD oder Frankreich einen Asylantrag in Großbritannien stellen, nicht in jedem Fall in ihrer Einreiseland zurückgeschickt werden dürfen. Die Richter urteilten, daß in drei behandelten Fällen weder die BRD noch Frankreich „sichere Drittstaaten“ seien. Die Betroffenen – eine Somalierin, ein Tamiel und ein Algerier – suchten wegen Verfolgung nicht durch Behörden, sondern durch Familienclans oder terroristische Gruppierungen Asyl. Im Gegensatz zur BRD oder Frankreich erkennt Großbritannien die Verfolgung durch nichtstaat-

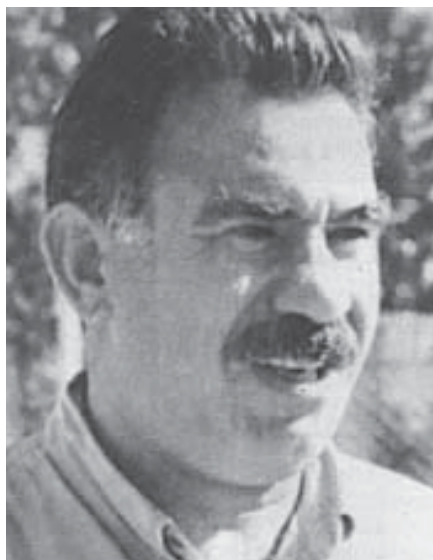
liche Gruppen als Asylgrund an. Von dieser Entscheidung sind mehrere hundert Personen betroffen.

STRAFWUT. Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin kündigte einen Gesetzentwurf an, wonach geringfügige Delikte – etwa Diebstahl von Waren im Wert von unter 50 DM – zunächst mit einem Bußgeld von 100 DM belegt werden; wenn dann nicht gezahlt wird, geht die Sache an die Staatsanwaltschaft. Im Wiederholungsfall drohe ein höheres Bußgeld, danach ein Strafbefehl. Der bayerische Justizminister Sauter tobt und sieht den angekündigten Gesetzentwurf als Einstieg in die Entkriminalisierung und Anschlag auf das Eigentum, da „lediglich“ ein Bußgeld verhängt werde. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die SPD-Ministerin stößt sich nämlich ausdrücklich daran, daß geringfügige Delikte meistens nicht verfolgt werden. Dem will sie abhelfen: „Deshalb machen wir das Gesetz“, sagte sie *Bild am Sonntag*.

ULTIMATUM. Die Stromkonzerne drohen ultimativ mit dem Ende der „Atomausstiegs-Gespräche“, falls sie ihren Atommüll nicht im Herbst ins Ausland befördern können. Zur Zeit hat die Firma Nuclear Cargo und Service für die Stromkonzerne Genehmigungen für vier Reaktoren (Stade, Biblis, Neckarwestheim und Philippsburg) beantragt. Dabei sind die amtlichen Bedingungen für die Transporte selbst nach Einschätzung der Atomindustrie nicht sichergestellt. So fehlen z.B. überarbeitete Notfall- und Alarmpläne sowie die Sicherheitsüberprüfung des Beförderers. Vor allem aber fehlt der Nachweis, wie bei einem Transport die Strahlengrenzwerte eingehalten werden. Bekanntlich waren die CASTOR-Atomtransporte im Mai 1998 gestoppt worden, weil herausgekommen war, daß die Stromkonzerne jahrelang bei den Transporten die Grenzwerte überschritten und dies verschwiegen hatten. Das Bundesamt für Strahlenschutz will nach eigenen Angaben die Transporte erst genehmigen, wenn die Unterlagen vollständig und die Nachweise erbracht sind. Da die Kraftwerke nur eine begrenzte Lagerkapazität haben, müssen sie gegebenenfalls vom Netz.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Der Bundestag tagt, nach zwei Feierstunden an den Tagen zuvor, wieder am 8./9. September. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Beratung des Schlechtwettergeldgesetzentwurfs von SPD/Grünen sowie drei Anträge zum Thema „Osttaufbau“, zwei von der CDU/CSU („Aufbau Ost endlich richtig machen“, „Strompreise in Deutschland ausgleichen – neue Stromsteuern im Osten aussetzen“) sowie einer von der PDS („Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse und zur Herstellung von mehr Rechtssicherheit in Ostdeutschland“ – „Chefsache Ost“).

Am 3. August verbreitete das „Kurdistan-Informationszentrum“ in Berlin den Aufruf des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, vom 2. August 1999 aus Imrali, den wir unten dokumentieren, anschließend die Erklärung des Präsidialrates der PKK sowie (auszugsweise) der Kommandantur der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans. Das Zentralkomitee der PKK hatte zwischen dem 23. und 29. Juli seine zweite erweiterte Konferenz abgehalten und dort beschlossen, einen außerordentlichen Parteikongreß durchzuführen, der ein neues Programm ausarbeitet und beschließt.



Abdullah Öcalan

Die Umstände des bewaffneten Konflikts und der Gewalt in der Türkei bedeuten ein Hindernis für die Menschenrechte und die demokratische Entwicklung. Die wesentliche Rolle spielt dabei jene Gewalt, die aus dem kurdischen Problem resultiert. Um das Dilemma zu überwinden und das Problem zu lösen, ist es notwendig, die Gewalt zu beenden.

Aus diesem Grunde, in Erinnerung an den umfassenden Waffenstillstand der PKK vom 1. September 1998, rufe ich (die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK) dazu auf, ab dem 1. September 1999 den bewaffneten Kampf zu beenden und alle bewaffneten Kräfte auf Territorien außerhalb der türkischen Staatsgrenzen zurückzuziehen.

Ich drücke in diesem Zusammenhang meine Hoffnung aus, daß sich auf diese Weise eine neue Phase in Richtung auf einen Dialog und Übereinkunft entwickeln wird.

Ergänzend hierzu rufe ich alle Staaten und die betreffenden gesellschaftlichen Institutionen und Verantwortlichen dazu auf, sensibel gegenüber dem Erfolg dieser Phase des Friedens und der Brüderlichkeit zu sein und diese zu unterstützen. Die nationalen und internationalen Regierungen und Institutionen rufe ich dazu auf, sich gegenseitig hierbei positiv behilflich zu sein.

Abdullah Öcalan

Imrali, 2. August 1999

Präsidialrat und ARGK stimmen Öcalans Aufruf zu

PKK beschließt Rückzug der Guerilla aus der Türkei

PKK-Präsidialrat

Legen wir alle kleinlichen Berechnungen zur Seite und beteiligen uns an dem Friedens- und Demokratieaufruf, der sich von Imrali aus für die Zukunft unseres Volkes und der Menschheit einsetzt.

Gemäß der hohen Verantwortung, die unser Vorsitzende Genosse Abdullah Öcalan trägt, verabschiedete er am 2. August eine historische Erklärung und einen Aufruf für Frieden und Demokratie, die zweifelsohne einen historische Wendepunkt für das kurdische und das türkische Volk darstellen. Diese historische Entscheidung – unabhängig davon, was bestimmte Kreise sagen werden – wird eine historische Bewertung erfahren.

Der große Aufruf unseres Vorsitzenden, der dem neuen Niveau des ehrenvollen nationalen Befreiungskampfes unserer Partei und unseren Bedingungen entspricht, erfordert diesen einzig gültigen Weg, die kurdische Frage zu lösen und die Demokratisierung der Türkei zu erreichen. Es ist die geschwisterliche Haltung, welche die Interessen der Völker in

der Region und der Menschheit vertritt. Mit diesem Aufruf wird unser einseitiger Waffenstillstand vom 1. September 1998 noch weitreichender und gelangt an einen konkreten Punkt. Damit werden praktische Schritte aus den Ausführungen aus dem Imrali-Prozeß sowie dem Lösungspaket für eine demokratische Republik abgeleitet.

Dieser Schritt ist die effektivste Vorgehensweise, um die verhinderte Demokratisierung der Türkei und die Verschllossenheit gegenüber der kurdischen Frage zu überwinden. Dieser Schritt wird alle Interessen und die Zukunft des kurdischen Volkes vertreten, allen Feindseligkeiten ein Ende setzen sowie den Frieden und die Brüderlichkeit entwickeln.

... geben wir hiermit bekannt, daß wir auch der jüngsten Erklärung unseres Vorsitzenden Genossen Abdullah Öcalan vom 2. August vollständig zustimmen, und erklären, daß unsere Partei all ihre Arbeit in diesem Rahmen durchführen wird. Die Partei wird ihre ideologisch-po-

Kommentiert

Befristeter Rückzug – warum eigentlich nicht?

Der hier dokumentierte Aufruf des in Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden Öcalan hat, wie nicht anders zu erwarten, vielfältige Reaktionen ausgelöst. Der Präsidialrat der PKK hat dem Aufruf zugestimmt. Ton und Wortlaut der Zustimmung machen aber die großen Spannungen und heftigen Widerstände auf kurdischer Seite gegen die immer weiter gehenden Konzessionen an das türkische Regime mehr als deutlich. Ganz offensichtlich gibt es auf kurdischer Seite viele, die keine Aussicht sehen auf türkische Zugeständnisse und deshalb sich und andere erbittert fragen, wofür eigentlich die vielen Opfer des jahrelangen Kampfes gefallen sind, wenn sich nun die Guerilla aus dem Land zurückzieht?

Wenn der Präsidialrat von „kleinlichen Berechnungen“, „oberflächlichen und zerstörerischen Haltungen“ spricht, die überwunden werden müßten, und ausdrücklich an die „Disziplin“ appelliert, so macht das für jeden, der lesen und denken kann, deutlich: Weitere Konzessionen wird die kurdische Seite an das Regime in Ankara kaum noch machen können.

Trotzdem: Die türkische Regierung hat durch Ecevit und auch Militärs haben zuerst einmal brüsk ablehnend rea-

giert. Man verhandle nicht mit Terroristen, weder mit Personen noch mit Organisationen, so sinngemäß Ecevit. In Ankara fühlt man sich immer noch als Sieger.

Entsprechend waren auch die Reaktionen in der türkischen Presse: Nicht Rückzug, sondern Aufgabe, Kapitulation, Ende des Kampfes, Abgabe der Waffen wurde hier von der kurdischen Guerilla verlangt.

Auch in der deutschen Presse waren erneut hämische Reaktionen vorherrschend: „Öcalan kündigt der PKK“, war zum Beispiel im Berliner *Tagesspiegel* von einer Kommentatorin zu lesen. Auch wenn die gleiche Zeitung am nächsten Tag über „neue Möglichkeiten“ zur Lösung der kurdischen Frage grübelte, so bleibt doch die Haupttendenz der Berichterstattung weiter strikt PKK- und kurdenfeindlich. Ganz offenkundig hofft man nicht nur in Ankara, sondern auch in den Führungsstäben von NATO und EU auf eine Spaltung der kurdischen Bewegung, auf einen offenen Konflikt zwischen Öcalan und dem Präsidialrat der PKK.

Die PKK will eine „Balkanisierung“ des türkisch-kurdischen Konflikts vermeiden

Schon während seines Aufenthalts in Rom hatte der PKK-Vorsitzende mehrfach in Interviews deutlich gemacht, daß er und andere in der PKK eine Eskalation, eine Verrohung des türkisch-kurdi-

litische, organisatorische und militärische Tätigkeiten ab nun auf der Grundlage der Erklärung unseres Vorsitzenden und im Rahmen der Schaffung einer Demokratischen Republik mit einer neuen Herangehensweise und in einem neuen Stil durchführen. (...) All unsere Parteiorganisationen und nationalen Befreiungskräfte werden mit einem großen Verantwortungsbewußtsein und hoher Disziplin für die Durchsetzung dieser Richtlinien und für die Erreichung des Friedens und der Demokratie arbeiten. Unser Volk, das seit Dutzenden von Jahren trotz großen Leides heldenhaft gekämpft hat, wird sehen, welche Bedeutung diese Bemühungen für sie haben. (...)

Mit der Erklärung unseres Vorsitzenden vom 2. August und den Schritten, die unsere Partei und unser Volk unternommen haben, wurde klar ersichtlich, daß im Rahmen einer friedlichen Lösung des Problems und einer demokratischen Entwicklung der Türkei die kurdische Seite sich verantwortungsbewußt, mutig, entschlossen auf eine Lösung orientiert und in diesem Rahmen die ihrerseits nötigen Aufgaben erfüllt.

Im Gegenzug zu unserem historischen Schritt auf der Basis der Befreiung der kurdischen Individuen und der Gesellschaft mit dem Ziel der demokratischen Entwicklung der Türkei haben wir nicht nur das natürliche Recht, von der Türkischen Republik die notwendige Verant-

wortung und Lösungsorientierung zu erwarten, sondern auch unser Volk und die Menschheit haben ein Recht darauf.

Die Erklärung unseres Vorsitzenden ... ist eine historische Chance für die Völker in der Türkei zur Erlangung von Frieden und Demokratie. Die Wahrnehmung dieser Chance wird die Türkei im 21. Jahrhundert in eine wichtige Phase der Lösung und Entwicklung führen.

Dies zu schaffen und diese Chance zu nutzen, ist die Aufgabe aller demokratischen und intellektuellen Kreise sowie der Werktätigen in der Türkei, deren Lösung sie nicht von anderen erwarten sollten. Diese Kreise müssen ohne Zögern ihrer Verantwortung aus ihrer schmerzhaften Lebenssituation heraus gerecht werden und die historische Bedeutung dieser Chance in ihrer Gesamtheit begreifen und mit einer sehr realistischen, verantwortlichen, entschlossenen und vereinigenden Herangehensweise die notwendigen organisatorischen und kämpferischen Schritte unternehmen. Das ist aus der Sicht ihrer Zukunft eine historische Notwendigkeit.

Dieser aktuelle Friedens- und Demokratieaufruf ist die Hauptbedingung, die die Zukunft des kurdischen und des türkischen Volkes bestimmen wird. Um auf der Basis dieses historischen Schrittes die Zukunft unseres Volkes in Richtung Frieden, Demokratie, Brüderlichkeit und Freiheit zeichnen zu können, rufen wir al-

le unsere Parteikräfte und das patriotische Volk dazu auf, mit hoher Sensibilität, Disziplin und all ihrer Kraft zu arbeiten. Im weiteren rufen wir alle kurdischen nationalen Kräfte auf, im Rahmen einer Einheit und Solidarität sich an dieser historischen Phase zu beteiligen. Alle Kräfte in der Türkei, die Demokratie, Frieden und Brüderlichkeit fordern, rufen wir auf, jegliche oberflächliche und zerstörerische Haltung zu aufzugeben und für diese hohen Ziele gemeinsam zu kämpfen.

Die Verantwortlichen der Türkischen Republik rufen wir auf, der Realität mit klarem Verstand, verantwortungsbewußt und respektvoll zu begegnen.

Abschließend rufen wir alle politischen und demokratischen Kräfte in der Region und der Welt dazu auf, die Lösungsbemühungen für dieses historische Problem zu unterstützen.

5. August 1999, Präsidialrat der Arbeiterpartei Kurdistans, leicht gekürzt

ARGK

(...) Die Nationale Befreiungsarmee Kurdistans ARGK, die bis heute für die Würde, das Interesse und die Zukunft des Volkes in Kurdistan seit 15 Jahren einen unerbittlichen Kampf durchführt und viele wertvolle Kommandanten und Kämpfer verloren hat, ist ab dieser Phase bereit, alles umzusetzen, was für den Erfolg im Interesse unseres Volkes nötig ist. In diesem Sinne erklären wir, daß wir

schen Konflikts von einem antikolonialen Kampf zu solch furchtbaren Auseinandersetzungen wie auf dem Balkan unbedingt vermeiden wollen.

Eine Spaltung der PKK aber könnte genau zu so einer „Balkanisierung“ des Konflikts führen, zu einem mörderischen „ethnischen“ Krieg und tiefer Feindschaft auch zwischen kurdischen und türkischen Zivilisten, zu Kampfformen wie den furchtbaren Bus- und Splitterbomben der Hamas oder Hizbullah in Israel und dergleichen – statt, wie bisher, einem weitgehend auf bewaffnete Gegenwehr gegen türkisches Militär begrenzten kurdischen Guerillakrieg. Dies aber wird entweder im Westen gar nicht gesehen oder sogar direkt gewollt. Vor einer solchen, womöglich vom Westen sogar betriebenen Brutalisierung des Konflikts hatte Öcalan in Imrali und haben seitdem auch andere kurdische Sprecher die türkische Regierung immer wieder gewarnt.

Die nun vorliegende Zustimmung des Präsidialrats der PKK sowie der ARGK zu dem Aufruf Öcalans dürfte deshalb, in Ruhe betrachtet, nicht nur aus taktischen Gründen, zur Vermeidung eines Konflikts mit Öcalan, und als Notmaßnahme aus einer Situation der Schwäche auf kurdischer Seite erfolgt sein. Sie entspricht vielmehr der seit langem bekannten Linie der PKK, den Krieg nicht zu eskalieren, sondern mit allen möglichen Mitteln auf eine politische Lösung

hinzuwirken.

Vorteile eines befristeten Rückzugs

Bekanntlich herrscht auf dem Gebiet der Türkei seit dem 1. September 1998 von kurdischer Seite ein einseitiger Waffenstillstand. Ein Aufenthalt der Guerilla im Waffenstillstandsgebiet ist deshalb ohnehin nicht nur riskant, sondern – militärisch betrachtet – derzeit im Grunde auch unnötig. Warum also sollte sich die Guerilla nicht für eine Zeitlang hinter die türkischen Grenzen zurückziehen?



Zumal ohnehin die Hauptkräfte der Guerilla, wie alle Welt unwidersprochen schreibt, sich aus den oben genannten vernünftigen Gründen derzeit nicht in der Türkei aufhalten, sondern irgendwo im Grenzgebiet zu Iran und Irak.

Sicher, wenn sich auch die noch in der Türkei verbliebenen Einheiten der Guerilla nun zurückziehen, sind die kurdischen Dörfer noch weniger geschützt vor dem Terror des Militärs. Aber wenigstens kann sich dieses dann nicht mehr darauf berufen, die Zerstörung dieser oder jener Siedlung sei zur Bekämpfung der Guerilla nötig gewesen. Und unerwünschte „Zwischenfälle“ wie das Massaker von 1993, für das Semdin Sakik und seine Leute verantwortlich sein sollen, wären auf diesem Wege auf jeden Fall vermieden. Insofern ist der Vorschlag des in Imrali inhaftierten PKK-Vorsitzenden akzeptabel. Aber nur eine für eine gewisse Zeit.

Was aber geschieht, wenn sich in Ankara nichts bewegt?

Wenn aber in den nächsten Wochen und Monaten das Verfahren gegen den PKK-Vorsitzenden auch seine weiteren Stufen durchläuft, ohne daß sich auf türkischer Seite irgendetwas in Richtung Anerkennung kurdischer Selbstbestimmungsrechte bewegt, kommt ein kritischer Punkt. Wenn zum Beispiel das türkische Kassationsgericht das Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden bestätigt, dann

als Kräfte der ARGK die Direktiven des Vorsitzenden Apo an unsere bewaffneten Kräfte, ab dem 1. September den bewaffneten Kampf einzustellen, als Anordnung auffassen und diese auf der Grundlage eines militärischen Befehls einheitlich verwirklichen werden. Wir geben hiermit bekannt, daß wir ab dem 1. September beginnen werden, den Plan unseres Oberbefehlshabers Abdullah Öcalan praktisch umzusetzen.

Außer in Fällen, in denen uns die Umsetzung dieses Planes als Schwäche ausgelegt wird und Angriffe auf unsere Kräfte durchgeführt werden, wogegen wir unser legitimes Recht auf Selbstverteidigung nutzen werden, werden unsere Armee-Einheiten keine bewaffneten Aktionen durchführen.

Wir rufen unsere Kräfte und unser Volk auf, achtsam zu sein und notwendige Vorsichtsmaßnahmen zu treffen gegenüber Provokationen wie dem Vorfall des Angriffes auf den Kleinbus in Silvan durch diejenigen Kreise, die von der Fortsetzung des Krieges profitieren. Wir rufen allen voran das kurdische und das türkische Volk, alle fortschrittlich-demokratischen Menschen, Organisationen und Institutionen auf, unsere Schritte für Frieden, Brüderlichkeit und Demokratie zu unterstützen.

6. August 1999, Kommandantur der Nationalen Befreiungsarmee Kurdistans, ARGK, gekürzt

das EU-Gericht angerufen wird und – wie allgemein erwartet wird – beschließt, das Todesurteil solle nicht vollstreckt werden, und wenn das türkische Regime diesem europäischen Wunsch irgendwie entspricht, sich sonst aber nichts tut – was dann?

Wenn die Inhaftierungen, die Quälerei und die Folterungen der vielen tausend kurdischen politischen Gefangenen andauern? Die Dorferstörungen und Vertreibungen? Die Morde der staatlichen Todesschwadronen? Kurz, wenn die ganze seit Jahrzehnten auf die kurdische Bevölkerung niedergehende türkische koloniale Repression unverändert weitergeht? Was dann?

Dann wird der Präsidialrat der PKK zu entscheiden haben, wie der Kampf wiederaufgenommen, weitergeführt werden soll. In den kurdischen Gebieten. In den Gefängnissen. In den türkischen Metropolen. In Europa und überall sonst, wohin die türkische Vertreibungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte kurdische Menschen vertrieben hat.

Dann steht Newroz 2000 vor der Tür.

Aber vielleicht fängt auf türkischer Seite irgendeine Institution bis dahin doch noch an nachzudenken. Sonst könnte sich für Ankara herausstellen, daß der vermeintliche „Sieg“ über die kurdische Bewegung eine furchtbare Täuschung war – mit womöglich opferreichen Folgen für beide Seiten. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

Harte Auseinandersetzungen zu erwarten

Prostitution entdiskriminieren!

Die SPD-Bundesministerin für Frauen und Familien Bergmann hat einen Gesetzentwurf angekündigt, nach dem Prostitution nicht mehr „als sittenwidriges Gewerbe“ gelten soll. Prompt protestiert die Deutsche Bischofskonferenz und fordert, statt dessen Projekte zur „Reintegration“ von Prostituierten in die Gesellschaft zu fördern. Ähnliche Reaktionen kamen auch aus der CDU/CSU, die mit der FDP in der letzten Legislaturperiode noch entsprechende Gesetzentwürfe vom Tisch gefegt hatte; allerdings meldeten sich aus der CDU erstmals auch zaghafte Stimmen gegen die Diskriminierung der Prostituierten.

Rund 400.000 Frauen und Männer sind schätzungsweise heute in der BRD Prostituierte, über die Hälfte von ihnen ohne deutschen Paß. Sie unterliegen einer umfassenden Diskriminierung durch Straf-, Zivil-, Sozial- und Steuerrecht, und es kommt schon sehr darauf an, in welchem Umfang der angekündigte Bergmann-Entwurf die Diskriminierung aufheben soll. Als Maßstab kann der Entwurf der Hurenbewegung vom Frühjahr 1996 gelten, der auf die Abschaffung jeglichen Sonderrechts zielte („Gesetzentwurf zur rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Prostituierten mit anderen Erwerbstätigen“) und den die PDS in der letzten Legislaturperiode im wesentlichen übernommen hatte.

§138 BGB lautet: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.“ Danach haben Prostituierte nicht nur keinen durchsetzbaren Anspruch auf Bezahlung ihrer Arbeitsleistung. Im Sozialrecht werden sie mit Verweis auf die angebliche Sittenwidrigkeit von den Versicherungsverhältnissen ausgeschlossen. So haben Prostituierte, die ihre Tätigkeit offen angeben, keine Möglichkeit, der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beizutreten. Die Selbsthilfeorganisation Cassandra (Nürnberg) weist darauf hin, daß es mit der Abschaffung der Sittenwidrigkeitsklausel nicht getan ist, wenn die Prostitution nicht als Beruf anerkannt wird. Denn dann hätten die Frauen weiterhin keinen rechtlichen Anspruch auf ordentliche Arbeitsverträge und Aussteigerinnen keinen „Zugang zur Umschulung durch das Arbeitsamt“.

Hurenbewegung und PDS fordern ebenso die Streichung aller diskriminierenden Regelungen aus dem Strafrecht; bedarf es Regelungen, können diese z.B. in der Gewerbeordnung getroffen werden. Gefordert wird, um nur einige Beispiele zu nennen, die Streichung von Art. 297 Einführungsgesetz zum StGB (Sperrgebiete), der v.a. auf die Arbeitsbedingungen der Prostituierten drückt, sowie des § 184a, b, der die Ausübung ver-

botener Prostitution unter Strafe stellt. §180a StGB verbietet die Förderung der Prostitution und sanktioniert alles, was über das bloße Gewähren von Wohnung, Unterkunft und Aufenthalt hinausgeht. Damit verhindert er nicht nur die Schaffung besserer Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch, daß Arbeitsverträge abgeschlossen, Arbeitszeitvereinbarungen getroffen werden, der Kündigungsschutz gilt etc. Übles Sonderrecht schafft auch der §177 (Vergewaltigung), nach dem die Vergewaltigung einer Prostituierten entweder als lediglich minder schwerer Fall oder als Nötigung gewertet wird mit der absurden Begründung, daß Prostituierte ohnehin grundsätzlich zu sexuellen Handlungen bereit seien und von daher eine Vergewaltigung im Grunde nicht möglich sei. Diese und alle anderen Sonderrecht schaffenden Paragraphen müssen also fallen!

Die Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin hat sich inzwischen mit einem Hinweis auf das „schwedische Modell“ zu Wort gemeldet: Dort werden nicht die Prostituierten diskriminiert, sondern die Freier bestraft, was nur dazu führt, daß die Prostitution wieder in die Grauzone abgedrängt wird.

scc

Ladenschlußgesetz weiter ausgehöhlt

Dreiste Strategie

„Sonntagsverkauf: Verbot ausgetrickst“, triumphiert die *Wirtschaftswoche* in einer Notiz vom 15.8. Tatsächlich haben auch an diesem 15. Hunderte von Läden in Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt geöffnet. Die „Ausnahme“ genehmigungen der örtlichen Behörden beziehen sich auf solche Absurditäten wie das 30jährige Bestehen eines Brunnens – mit dieser Begründung konnte der Kaufhof Alexanderplatz öffnen. Dabei werden die widerrechtlichen Sondergenehmigungen in Sachsen-Anhalt mit denen in Sachsen begründet usw. – ein Kreislauf ohne Ende. So ist das Ladenschlußgesetz inzwischen unterhöhlt, was der Forderung nach weiterer Deregulierung neue Nahrung gibt. Die sachsen-anhaltinische SPD-Sozialministerin Kuppe erließ eine Verordnung, nach der die Kommunen selbst über Sonderöffnungszeiten entscheiden, forcierte so die Öffnungen, um dann zu fordern, daß jeder Kommune 12 verkaufsoffene Sonntage erlaubt werden sollten. Aus der SPD-Bundestagsfraktion ist inzwischen von dem Plan zu hören, die Ladenöffnungszeiten im Herbst auf werktags 22.00 Uhr zu verlängern. Die Gewerkschaftsvorsitzenden der zukünftigen ver.di-Gewerkschaften DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV warnen davor, das Interesse bestimmter Verbraucherschichten an „Shopping rund um die Uhr“ höher zu bewerten als den Anspruch von knapp 3 Mio. Einzelhandelsbeschäftigten auf familienverträgliche Arbeitszeiten.

scc

Verfolgung der Roma

Kaum war ein Waffenstillstand erreicht, machten sich die paramilitärischen Verbände der UCK im gesamten Kosovo breit. Sie wollen erklärtermaßen die „Reinheit“ in dieser Provinz wiederherstellen. Alles, was ihnen dabei im Weg steht, wird verdächtigt, auf der „serbischen Seite“ gestanden zu haben. Schon Anfang Juli waren vom Roma National Congress die ersten Meldungen über die Flucht von Roma bekanntgegeben worden; die westlichen Medien mühten sich zunächst, derartige Menschenrechtsverletzungen als „Einzelfall“ zu deklarieren, die KFOR wollte sie gar nicht wahrnehmen. Sie handelten um diese Zeit noch an Abkommen mit der UCK, das ihr eine dreimonatige (freiwillige) Frist einräumt, ihre schweren Waffen abzugeben. Bis dahin kann sie damit noch den Kosovo freiräumen.

Schon im Juni gab es im Lager Stenkovac in Mazedonien schwere Angriffe von Kosovo-Albanern auf Roma-Flüchtlinge. Diese zeigten den Weg auf – keinesfalls überraschend, wie es von den NATO-Militärs gerne dargestellt wird. Fluchtwege wurden und werden versperrt. Dennoch erreichen einige Schiffe mit Roma-Flüchtlingen die italienische Küste. Von einem Medienereignis ist dennoch nicht die Rede. Von Anstrengungen der europäischen Innenminister schon gar nicht, ein Aufnahmesystem nunmehr für von den Kosovo-Albanern Verfolgte zu finden.

Die Flucht der Roma ging einher mit dem zwangsweisen Abzug der jugoslawischen Armee. Dies führt heute dazu, daß Roma verdächtigt sind, für die Regierung in Belgrad gearbeitet zu haben. Derartige Propaganda ist das Gegenteil der Wirklichkeit: Bevorzugt waren Roma als Soldaten in den Krieg eingezogen worden, um sie erneut zu diskriminieren (als Schießziel für die NATO-Bomben). Heute leben sie im Süden der serbischen Provinz, kommen aus Gnjilane, Urosevac, Podujevo und Pristina. In Bujanovac lebten schon Anfang Juli mehr als 3 500 Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo.

Heute heißt es, daß fast alle Roma inzwischen geflohen seien. Sie befürchteten eine gezielt gegen sie gerichtete Ver-

nichtungsaktion, exemplarisch durchgesetzt an denen, die für die UCK zuerst greifbar waren. Alles unter den Augen der NATO-Truppen.

Einige Demonstrationen in dieser Hinsicht haben in den letzten Wochen in Deutschland stattgefunden, mit denen auf diese Situation bereits aufmerksam gemacht wurde. Auf diesen Demonstrationen berichteten die anwesenden Vertreter, hier der Süddeutschen Roma-Union, daß sie selbst von Kosovo-Leuten unter Drohung zu Spenden für die UCK gezwungen worden seien, als es noch um die Finanzierung der Aufrüstung im Kosovo ging. Aus Angst spendeten auch Roma. Zugleich machten die Vertreter darauf aufmerksam, daß es immer häufiger vorkommt, daß Roma sich nicht mehr trauen, sich als solche zu bekennen, sondern dann eher als Nationalität „Kosovo-Albaner“ angeben.

Anlässlich dieser Demonstrationen wurde die EU aufgefordert, gegen die Menschenrechtsverletzungen an Roma vorzugehen, so wie sie vorgab, den Krieg für ein Ende dieser Menschenrechtsverletzungen geführt zu haben. Ähnlich einem Kriegstribunal gegen andere Kriegsverbrecher aus Jugoslawien müßten die UCK-Verantwortlichen auch vor diesem Tribunal erscheinen. Die KFOR ist mindestens der unterlassenen Hilfeleistung verdächtig. Entsprechend der eigenen Anteile (von ca. 20 %) müßten auch Roma-Vertreter in den kommunalen und regionalen Verwaltungsstrukturen vertreten sein.

Von der deutschen Regierung verlangten die Roma einen Abschiebestop in den Kosovo, verbunden mit Bleiberecht. Zusätzlich sollten Aufnahmekapazitäten bereitgestellt werden. Über diese Forderungen sollen demnächst Verhandlungen mit dem deutschen Innenminister geführt werden. In den Asylverfahren sollten die besonderen Bedingungen für Roma-Flüchtlinge erörtert werden können.

Es wäre überraschend, wenn die EU auf derartige Belange der Roma eingehen würde. So deutlich hat sie sich mit ihrem KFOR-Verband hinter die Anliegen der UCK gestellt und führt sich als neue Statthalter der NATO in der Region auf. Wenngleich es nunmehr auch zu Spannungen zwischen der UCK und der KFOR gekommen ist, so beinhalten diese unterschiedliche Vorstellungen über

die Geschwindigkeit der Vertreibungen, nicht aber die Etablierung eines multikulturellen Gemeinwesens. Hier hat die UCK bereits die faktische Gewalt übernommen. *mc, aus Platzgründen gekürzt*

Clinton in Pine Ridge

„Free Leonard Peltier!“

Im Juli besuchte Präsident Bill Clinton den ärmsten Ort der USA, die Pine Ridge Reservation der Lakota Nation in Süddakota. Fernseh- und Zeitungsberichte zeigten Clinton mit Tränen in den Augen während seines Besuchs in Pine Ridge, wo seit Jahrzehnten Wohnverhältnisse und gesundheitliche Situation weit unter der Norm liegen und hohe Arbeitslosigkeit, Hunger und bittere Armut alltäglich sind.

Clinton sagte: „Sie wurden vernachlässigt, und Sie wissen, daß das nicht funktioniert. Sie haben auch unter der Herrschaft selbstgefälliger und unterfinanzierter Regierungsprogramme gelitten, und Sie wissen, daß das nicht funktioniert.“ Den Medien sagte Clinton: „Die Arbeitslosenquote in dieser Reservation beträgt fast 75%. Das geht nicht, und wir müssen etwas unternehmen, um dies zu ändern, und zwar jetzt.“ „Ich werde Sie nie vergessen“, sagte er einer Frau, die 27 Familienmitglieder miternährt, die oft nicht in der Lage sind, ihren Wohnwagen mit fünf Zimmern zu heizen.“

Sieht man die Tränen in Clintons kleinen Augen, könnte man davon ausgehen, daß er, bevor er Pine Ridge gesehen hat, keine Ahnung hatte, wie schlimm es im Indianergebiet ist, und daß er daran unschuldig ist. Nichts ist von der Wahrheit weiter entfernt, dieser Typ ist der Präsident der Vereinigten Staaten. Die Armut in Pine Ridge und in vielen anderen Reservationen ist das Ergebnis der Politik der US-Regierung. Er und die anderen Politiker der herrschenden Klasse sind sich der Konsequenzen ihrer Politik durchaus bewußt.

Was für eine Frechheit, nach Pine Ridge zu kommen, um das Leid der Menschen für eine Fotoaufnahme auszunutzen? Was für eine Frechheit, da zu stehen und zu versuchen, eine Kevin Costner/„Der mit den Wölfen tanzt“-Szene zu inszenieren? Wenn überhaupt, sollte man Clinton „Der mit Streichungen tanzt“ nennen.

Während seiner sechsjährigen Amtszeit hat er überhaupt nichts, weder für die Indianer noch für andere arme Menschen getan, im Gegenteil, er hat vieles gemacht, um die Lage armer Menschen zu verschlimmern, u.a. durch die Reduzierung der Sozialprogramme. Das Bundesbüro für Indianerangelegenheiten, immer noch berüchtigt wegen seiner Korruption, verpachtet Land an die multinationalen Unternehmen und „verliert“ Millionen von Dollars aus den Stammesfonds.

Hat Clinton die heiligen Black Hills an die Lakota zurückgegeben? Hat er eine



Direktive zur Einhaltung aller die Indianer betreffenden Abkommen erlassen? Hat er Leonard Peltier entlassen? Natürlich nicht!

Peltier Unterstützer stören Clintons Besuch in Pine Ridge

Clintons gut organisierter Medienauftritt in Pine Ridge wurde teilweise von Unterstützern des politischen Gefangenen Leonard Peltier gestört.

Dem Leonard Peltier Defense Committee zufolge äußerten viele Menschen aus der Gegend ihre Sorge um Leonard Peltier. Vor Clintons wurde unübersehbar ein großes gelbes Transparent mit der Aufschrift „Es ist 1999. Warum ist Leonard Peltier immer noch im Gefängnis?“ aufgehängt, und lokale sowie von weiter angereiste Unterstützer hielten Schilder hoch mit „FREE PELTIER“ und riefen während der Redepausen „Free Leonard Peltier“.

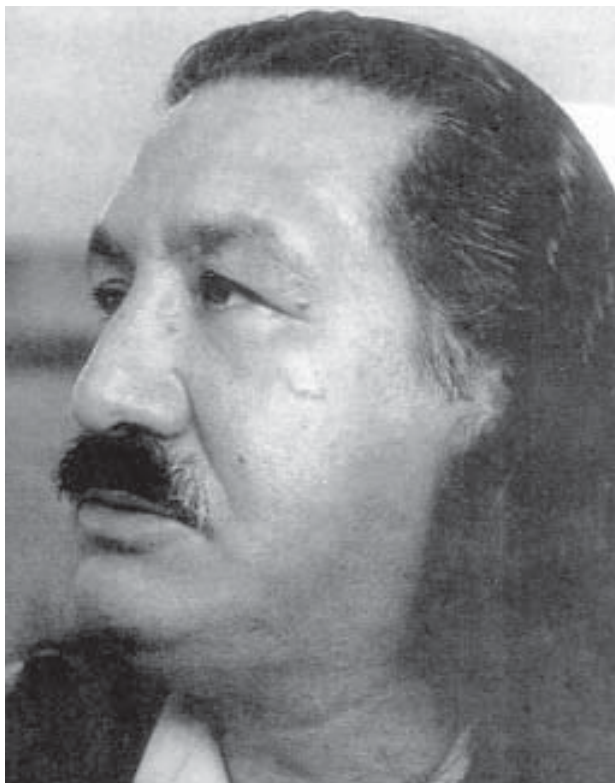
Peltier, der seit 1976 im Gefängnis sitzt, wurde 1995 der Mord an zwei FBI-Agenten angehängt. Clinton hat es während seiner zwei Amtsperioden stets abgelehnt, Peltiers Gnadengesuche anzunehmen.

Ein Mitglied des Oglala-Lakota-Stammesrates überreichte Clinton Peltiers neuestes Buch „Prison Writings: My Life Is My Sun Dance“ und einen Brief von Peltier. Mindestens zwei Leute, die Clinton die Hand schüttelten, fragten ihn, wann er Peltiers Freilassung veranlassen würde, und nach Clintons Rede brüllte Peltier-Unterstützer Edgar Bear Runner: „Im Namen der Gerechtigkeit und der Menschenrechte, laß Leonard Peltier frei!“

Mahtowin (Copyleft Workers World Service: <http://www.workers.org>)

Leonard Peltier, politischer Gefangener seit 1976

„Um Frieden zu halten, muß man alle Indianer töten oder sie zu einer Rasse von abhängigen Besitzlosen machen“ – dieser Kommentar des General Sherman zum Vertrag von Laramie (1886) kennzeichnet die Lage eines Großteils der indigenen Bevölkerung der USA bis heute. Der Landkreis Shannon, zu dem die Lakota-Reservation Pine Ridge gehört, ist



der ärmste in den USA. Die Arbeitslosigkeit beträgt 75%, das Durchschnittseinkommen liegt zwischen 300 und 600 Dollar im Monat.

1973 erheben sich mehrere hundert bewaffnete Bewohner der Pine-Ridge-Reservation und Mitglieder der American Indian Movement (AIM) und besetzen das Dorf Wounded Knee, ein Schlachtgelände, auf dem die US-Kavallerie am 29. Dezember 1890 300 Lakota-Indianer, Männer, Kinder, Frauen, massakriert hatte. Sie protestieren gegen das brutale Regime des Stammesvorsitzenden und den Verkauf eines Drittel der den Lakota heiligen Black Hills. Wounded Knee wird von schwer bewaffneten militärischen Einheiten mit Panzern und Hubschraubern eingekesselt; zwei Indianer werden erschossen. Nach 71 Tagen brechen die Bewohner die Besetzung ab. Auch in den folgenden Jahren kommt es immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen. Bis 1976 werden über 340 Indianer getötet, darunter viele Mitglieder der AIM; in keinem Fall ermittelten die US-Behörden. Die indianische Bürgerrechtsbewegung war zum Zielobjekt des COINTELPRO-Programmes geworden, mit dem Regierung, FBI und CIA den sozialen und po-

Zu Clintons „Armut-Tour“

Mumia Abu-Jamal

Als die Sommersonne die Erde trocknete, begann Präsident Clintons erste Armut-Tour, die erste in die ärmsten Regionen der amerikanischen Gesellschaft, in denen sich amerikanische Träume in gruselige Albträume wandeln. Der Präsident der reichsten Nation der Erde besuchte neben anderen armen und deprimierenden Gegenden die Appalachians, den südkalifornischen Stadtteil Watts und die Pine-Ridge-Reservation in Süddakota, Heimat der Oglala Sioux Nation.

Für die meisten Medienkommentatoren war die Clinton-Tour ein Beweis seines Mitleids mit den Armen, da seine Reise die Aufmerksamkeit der Medien auf einige der ärmsten Gegenden lenkte. Für andere ist es ziemlich auffällig, daß ein Mann, der seine erste Präsidentschaftskampagne mit dem Motto „Ich spüre eure Schmerzen“ führte, acht

Jahre brauchte, um zu zeigen, daß er von der Existenz solcher Orte wie der Pine Ridge-Reservation, Watts und den Appalachians wußte.

Vielleicht waren seine „Schmerzen“ die der Bullen und Bären an der Wall Street.

Was nützt, außer dem eintägigen Medienspektakel, dieses Interesse eines lahmen Präsidenten, der weniger als 20 Monate Amtszeit hat? Was wird er machen, um den armen Indianern, Schwarzen und Weißen dieser Gegenden zu helfen? Was beabsichtigt er zu machen, um die Arbeitslosigkeit von 75% in Pine Ridge zu bekämpfen?

Mit einem Wort: nichts.

Sein Auftritt war nicht mehr als ein Fototermin des Weißen Hauses und ein Appell an die US-Geschäftswelt, das natürliche und Humankapital der Gegend auszubeuten. Aber Clinton ist auch der Präsident des NAFTA-Abkommens, des internationalen Handelsabkommens, das die Kapitalflucht südlich der Grenze ermöglicht, wo Arbeitskräfte billig und reichlich vorhanden sind. Werden

sich die Unternehmer für Arbeitskräfte entscheiden, denen ein Mindestlohn bezahlt werden muß, oder für die, die für nur Pfennige arbeiten würden?

Es gibt noch einen Grund, warum diese „Ein-Tag-mit-den-Armen“-Tour eine Farce war. Der amerikanische Präsident bereiste Pine Ridge, ohne ein Wort über den berühmtesten ehemaligen Bewohner zu verlieren, den indigenen politischen Gefangenen Leonard Peltier.

Hätten nicht seine leidenschaftlichen Unterstützer den stolzen Namen eines der heldenhaftesten Kriegers der Lakota gerufen, wäre Leonard Peltier überhaupt nicht erwähnt worden.

Für Clinton, den Präsidenten auf der Suche nach einem Vermächtnis, wäre eine einfache Unterschrift, mit der er die Freilassung Leonard Peltiers veranlaßt, eine Tat, an die sich spätere Generationen erinnern würden. Statt dessen erließ er, stets der Politiker, nur Worte, dann ging er, immer ständig auf der Suche nach dem nächsten Händeschütteln, der nächsten Menschenmenge und dem nächsten Fototermin.



Wounded Knee 1973

litischen Widerstand zu unterdrücken suchen.

Im Juni 1975 werden zwei FBI-Agenten, die beim Versuch, einen Indianer zu verhaften, das Feuer auf die Häuser und ihre Bewohner richteten, beim dem anschließenden Schußwechsel getötet. Leonard Peltier, einer der bekanntesten Aktivisten von AIM, wird 1977 wegen zweifachen schweren Mordes für schuldig befunden und zu zweimal lebenslanger Haft in Folge verurteilt, d.h. zu einer Haft bis zum Tod, denn das Haftende wird für das Jahr 2041 festgesetzt – er wäre dann weit über 100.

Schon früh haben Peltiers Anwälte aufgedeckt, daß das FBI Beweise fälschte und Zeugen unter Druck setzte. 1986 muß selbst der ermittelnde Generalstaatsanwalt in einem Berufungsverfahren einräumen, daß niemand weiß, wer die tödlichen Schüsse auf die beiden FBI-Agenten abgegeben hat. Eine vermeintliche Augenzeugin widerruft ihre Aussage, da sie unter Druck des FBI gemacht worden war. Auch Richter Gerald Heaney, der bei zwei Berufungsverfahren den Vorsitz führt, bittet Präsident Clinton, das Urteil gegen Peltier aufzuheben.

Doch trotz großer Unterstützung durch die indigene Bevölkerung und eine breite Solidaritätsbewegung in den USA und international schlugen bisher alle Versuche fehl, Leonard Peltier durch Berufungsverfahren, Wiederaufnahmeanträge oder Gnadenersuche aus dem Gefängnis zu holen. Zuletzt erhob, am 4.6. 1999, der frühere US-Justizminister Clark Anklage, um zu erreichen, daß die zuständige Kommission ihre Ablehnung des Antrags auf „frühzeitige Entlassung“ zurücknimmt. Die Kommission hatte entschieden, daß Peltier frühestens 2008 einen neuen Antrag stellen kann.

Seit fast 23 Jahren ist Peltier in verschiedenen Hochsicherheitsgefängnissen inhaftiert. Seine Gesundheit ist zerrüttet. Seit einem Schlaganfall ist er auf einem Auge fast erblindet. Er leidet unter Diabetes. Infolge einer Tetanusinfektion kann er seine Kiefer bei einer Öffnung des Mundes nicht mehr bewegen. Kontakt: Leonard Peltier Defense Committee, PO Box 583, Lawrence, KS 66044 785-842-5773

Brasilien

Landlose und Gewerkschafter marschieren Richtung Hauptstadt

Von Andres Canizalez

(Rio de Janeiro, 5. August 1999, npl) „Wir demonstrieren gegen Privatisierungen, gegen das zunehmende Elend und die Arbeitslosigkeit im Land. Solange werden wir streiten, bis die Regierung auf unsere Forderung nach einer gerechteren Wirtschaftspolitik eingeht,“ beteuert Marina Santos, Sprecherin der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Vor nunmehr zehn Tagen ist sie gemeinsam mit 1.000 weiteren Demonstranten in Rio de Janeiro aufgebrochen, um in 75 Tagen die 1500 Kilometer bis zur Hauptstadt Brasilia zurückzulegen. Die Organisatoren hoffen, daß der Marsch auf über 100.000 Teilnehmer anwachsen wird – wie schon im März 1997, als die Landlosen ihren ersten landesweiten Protestzug veranstalteten. Diesmal haben sich dem Aufruf des MST (Movimento Sem Terra) auch der Gewerkschafts-Dachverband CUT und die Vereinigung der Basisbewegungen CMP angeschlossen. Bei der Ankunft in der Hauptstadt am 12. Oktober wird wie im gesamten Subkontinent der „Schrei der Ausgeschlossenen“ ausgestoßen, der an den 507. Jahrestag der Eroberung Amerikas erinnern soll.

Der Protest richtet sich diesmal direkt gegen Präsident Fernando Henrique Cardoso, der am 1. Januar 1999 seine zweite Amtszeit begann. Noch vor kurzem wurde der frühere Soziologieprofessor für seinen Wirtschaftskurs gelobt, mit dem er die Inflation besiegte und mittels einer harten Währung Investoren ins größte Land Südamerikas lockte. Doch im Zuge der Börsenkrise verlor die brasilianische Währung Real im Frühjahr die Hälfte ihres Werts. Spekulatives Kapital in Milliardenhöhe kehrte dem Land den Rücken, die letzten Hoffnungen auf einen breiteren Aufschwung schwanden. Seitdem ist Cardosos Popularität am Sinken, zumal er seinen Sparkurs zu Lasten der Bevölkerung unbeirrt fortsetzt. In den 120 Städten, die die Demonstranten passieren werden, wollen sie Versammlungen abhalten, um Alternativen zur neoliberalen Politik der sozialdemokratischen Regierung zu debattieren. Die dramatische Lage auf dem Land, die den MST zu Beginn dieses Jahrzehnts zur wichtigsten und radikalsten Bewegung Brasiliens machte, wird dabei im Mittelpunkt stehen. Über eine halbe Million landlose Bauern halten derzeit unproduktive Ländereien im ganzen Land besetzt und fordern die Legalisierung ihrer Ansiedlung. Schätzungen zufolge haben vier Millionen Bauern kein Land und sind gezwungen, in die Slums der Städ-

te zu migrieren. Allein in den vergangenen vier Jahren haben 400.000 Bauernfamilien ihr Land und damit ihr Auskommen verloren. Die extrem ungerechte Landverteilung – in Brasilien besitzt ein Prozent der Grundbesitzer knapp die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen – veranlaßte die Regierung 1995, die Agrarreform auf die Tagesordnung zu setzen. Doch die Ergebnisse des Ansiedlungsprogramms sind mager: In den vier Jahren der ersten Amtszeit Cardosos gelang es gerade mal, 200.000 Familien Land zuzuteilen. Mangels Krediten mußte ein Fünftel dieser Bauernfamilien allerdings wieder aufgeben.

Besonderen Unmut unter den Landlosen erregt ein Weltbank-Programm, das Gelder für den Ankauf nicht genutzter Böden vorsieht, um es dann an landlose Familien zu verteilen. Anstatt unproduktive Ländereien zu enteignen und den Kleinbauern Kredite zu gewähren, so kritisiert der MST, würden die Großgrundbesitzer noch dafür belohnt, daß sie ihr Land brach liegen lassen. Zudem wurde inzwischen bekannt, daß die Agrarreform-Behörde in einigen Fällen völlig überhöhte Preise für den Landankauf gezahlt hat. Der Druck des MST auf die Regierung hat seit Beginn dieses zugenommen. In nur vier Monaten wurden 250 neue Besetzung bekanntgegeben, vor allem im wohlhabenden Süden des riesigen Landes. Auch gingen die Landlosen dazu über, produktive Ländereien zu besetzen, was die Auseinandersetzungen mit den Grundbesitzern und ihren paramilitärischen Wachmannschaften verschärfte. Seit Januar kamen dabei offiziellen Angaben zufolge 15 Landlose ums Leben. Die Dunkelziffer liegt vermutlich weit höher. Die kritische Lage veranlaßte Cardoso, sich am 7. Juli auf ein seit zwei Jahren gefordertes Treffen mit der MST-Führung einzulassen. Der politische Erfolg dieser Zusammenkunft hatte freilich kaum praktische Folgen: Der Präsident wiederholte lediglich seine Bereitschaft, dieses Jahr 85.000 Familien anzusiedeln, was nach Meinung des MST nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein ist. So bleibt den verarmten Bauern nicht anderes, als mit Hacke und Spaten bewaffnet in Richtung Hauptstadt zu ziehen.





Vergangene Woche demonstrierten in der chilenischen Hauptstadt und anderen Städten des Landes Menschen gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und die Versuche der Regierung, die Freilassung des seit Oktober vergangenen Jahres in London inhaftierten Ex-Diktators Pinochet zu erreichen. Die Arbeitslosigkeit in Chile ist in den letzten Wochen auf 10,5% gestiegen. Das ist die höchste Quote seit 17 Jahren. Als Grund für die Wirtschaftskrise in Chile werden die Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise und der Preissturz für Kupfer – Hauptexportprodukt des Landes – verantwortlich gemacht.

Thailand: Demo der Triumph-Arbeiterinnen

Mehr als 500 Arbeiterinnen von Triumph International blockierten die Straße vor dem Regierungsgebäude in Bangkok. Neben dem Protest gegen die Aussperrung war das Hauptthema dieser Demo, daß ein Arbeiter von Firmenleuten geschlagen und eine schwangere Kollegin gestoßen worden war. Die Polizei hatte sich geweigert, eine Anzeige der beiden Kollegen aufzunehmen. Laut dem Geschäftsführer des Unterwäscheherstellers Triumph International/Body Fashion (Thailand), Frank Rosenbusch, will das Unternehmen wegen des Arbeitskampfs in der Fabrik Bang Phli die Expansionspläne für Thailand zurücknehmen. Seit 17. Juli werden die ArbeiterInnen ausgesperrt. Rosenbusch sagt, die Aussperrung sei notwendig, weil nach gescheiterten Tarifverhandlungen die ArbeiterInnen nicht nur im Bummelstreik gewesen wären, sondern auch ständig Vorgesetzte bedroht hätten.

Die Gewerkschaft fordert 8% Lohnerhöhung pro Jahr während der nächsten drei Jahre, das Unternehmen bietet jeweils 6%, 5% und 4%. Triumph beschäftigt in Thailand 5 500 MitarbeiterInnen. Im Industriegebiet Bang Phli hätte eine weitere Fabrik mit 1 500 Arbeitsplätzen entstehen sollen. Rosenbusch droht mit der Verlagerung dieser Investition in ein anderes Land der Region. *Quelle: The Nation, 2.8.99, entnommen aus: cl/asien/allgemein, ASIEN AKTUELL 1100*

China: Drei Millionen Entlassungen

Nach Angaben des chinesischen Arbeitsministers Zhang Zuojing wird die kriselnde

Staatsindustrie in China 1999 mehr als drei Millionen Arbeitskräfte entlassen. Das wäre erheblich weniger als die bisherigen offiziellen Schätzungen, die von 7 Millionen ausgingen. Sechs bis sieben Millionen bereits in den letzten Jahren aus Staatsfirmen Entlassene haben nach Auskunft des Arbeitsministers keine neue Arbeit gefunden. 94% der Entlassenen erhalten eine Hilfe. Für dieses Jahr benötigt China 24,5 Milliarden Yuan zur Finanzierung der Arbeitslosenhilfe, nach Plan wurden aber nur 19,5 Milliarden zur Verfügung gestellt. 1998 wurden sechs Millionen Staatsangestellte entlassen, wodurch die offizielle städtische Arbeitslosenrate auf 3,1% stieg. Nach offiziellen Untersuchungen wäre diese Rate viel höher, wenn z.B. die mitgezählt würden, die mit geringsten Löhnen von den Betrieben ohne Arbeit nach Hause geschickt werden. Außerdem gibt es mehrere Zehnmillionen „überschüssige“ Arbeitskräfte auf dem Land, wovon immer mehr als industrielle Reservearmee zu Verfügung stehen.

Puerto Rico: Ultimatum an die US-Marine – Militärs warfen Napalm-Bomben in Vieques ab

(San Juan, August 1999, alai-Poonal). – Auf einer Vollversammlung am 31. Juli setzten die BewohnerInnen der puertoricanischen Insel Vieques der US-Marine ein Ultimatum. Sie forderten die sofortige Einstellung aller kriegerischer Aktivitäten und den Abzug von Personal und Ausrüstung. Die BewohnerInnen versicherten in ihrer Erklärung, die Unterstützung aller gesellschaftlichen Gruppen Puerto Ricos sowie ihrer Regierung zu haben. In ihrem gemeinsam verab-

schiedeten Dokument verweisen sie auf ihr „unveräußerliches Recht, eine Zukunft in Frieden und Wohlergehen aufzubauen und unseren historischen und heldenhaften Kampf weiterzuführen, den wir seit mehr als sechs Jahrzehnten ohne Pause aufgenommen haben, um die Attacken, die die Kriegsmarine der USA auf Vieques begeht, zu beenden“. Die Kriegsmarine wird angeklagt, Luft, Wasser und Land verseucht zu haben und „bedeutend zur äußerst hohen Krebsrate und anderen mit dem Umweltniedergang verbundenen Krankheiten unserer Bevölkerung beizutragen“. Ein weiterer Punkt ist die starke psychologische Belastung, der die Kinder aufgrund der dauernden militärischen Manöver ausgesetzt sind. Die US-Regierung wird aufgefordert, für alle auf der Insel Vieques verursachten Schäden aufzukommen und jegliche Spuren der Marineaktivitäten in der Umwelt zu beseitigen. Die Marine wird unter anderem beschuldigt, „mehr als ein halbes Jahrhundert lang die gesunde Entwicklung unserer Wirtschaft behindert zu haben“. Für den Fall, daß den Forderungen nicht nachgekommen wird, kündigen die BewohnerInnen der Insel weitere Protestmaßnahmen an. Weder Repression noch Verhaftungen könnten die Entschlossenheit schwächen.

Erst Mitte Juli hatte sich die Stimmung gegen die US-Marine auf der Insel weiter aufgeheizt, nachdem bekannt geworden war, daß die Militärs im Rahmen ihrer Manöver in der Umgebung der Insel 1993 auch 24 Napalm-Bomben abgeworfen hat. Die Information dazu fand sich im klein gedruckten Anhang einer Untersuchung, die die Kriegsmarine überreichte. Entsprechende Vermutungen waren vorher bereits aufgetaucht. Die USA setzten das hochgiftige Napalm unter anderen im Vietnamkrieg ein. In Vieques ist die US-Marine unter besonderem Rechtfertigungszwang, nachdem vor wenigen Monaten ein Bewohner der Insel durch den Bombenabwurf während eines Manövers getötet wurde. Die Protestbewegung für den völligen Abzug der US-Truppen findet immer breitere Unterstützung.

Tribunal gegen Kriegsverbrechen

Über 700 Menschen nahmen am 31.7. in New York am Hearing einer Unabhängigen Untersuchungskommission zur Erforschung der Kriegsverbrechen von USA und NATO gegen Jugoslawien teil; Gegenstand des Treffens war die 19 Punkte umfassende Anklageschrift des früheren US-Justizministers Ramsey Clark gegen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten. Auf weiteren Treffen in den USA und europäischen Städten sollen Beweise für die Kriegsverbrechen gesammelt, Augenzeugen- und Expertenberichte gesammelt und Analysen der Verbrechen erstellt werden.

Zusammenstellung: hav



Am 17. Juli führte die Solidaritätsbewegung mit Mumia Abu-Jamal eine A1sterüberquerung in Hamburg durch und übergab anschließend Unterschriftenlisten beim US-Generalkonsulat.

Bilder: res, C.



Aktionswoche gegen Atomstrom

REDDEBEITZ/GORLEBEN. Am 1.8. starteten ca. 70 Atomkraftgegner aus Deutschland, der Schweiz und Schweden im wendländischen Reddebeitz (20 km von Gorleben entfernt) zu einer Fahrrademonstration in Richtung Schweden. Am 6.8., dem Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima, trafen die Radfahrer vor dem südschwedischen AKW Barsebäck mit weiteren Atomkraftgegnern aus Skandinavien und Deutschland zusammen. Am 7.8. nahmen sie an einer Großdemonstration gegen die Nutzung der Atomkraft in Malmö teil. „Wir radeln von Deutschland nach Schweden, um darauf hinzuweisen, daß sich die deutschen Stromkonzerne PreussenElektra und HEW während der letzten Jahre beim schwedischen Stromversorger Sydkraft eingekauft haben, während Sydkraft ihrerseits Anteile an den deutschen Stromkonzernen erwarben“, so Ole von Uexküll, Organisator der Fahrradtour. „Sydkraft gibt offen zu, daß durch die verschachtelten Besitzverhältnisse der Ausstieg in beiden Ländern erschwert werden soll.“

In Schweden wurde der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie schon 1980 in einer Volksabstimmung beschlossen. Jedoch wurde bisher noch kein Reaktor vom Netz genommen. Als die Regierung zum 1.7.98 mit Barsebäck 1 den ersten Reaktor abschalten wollte, klagte die Betreiberfirma Sydkraft beim Obersten Verwaltungsgericht – mit aufschiebender Wirkung. Hauptaktionär bei Sydkraft ist die deutsche PreussenElektra. „Die deutschen Konzerne widersetzen sich dem Willen des schwedischen Volkes und einem demokratischen Beschluss der schwedischen Regierung“, sagt von Uexküll, der selbst schwedischer und deutscher Staatsbürger ist.

Am 16.6.99 ist das Urteil des Obersten

Verwaltungsgerichts gefallen. Der Beschluß der Regierung zur Schließung des AKWs wurde für rechtmäßig erklärt, und der Reaktor soll bis zum 1.11. vom Netz genommen werden. Doch von Uexküll bleibt skeptisch: „Die Betreiber wollen jetzt vor den Europäischen Gerichtshof gehen, was zu einem jahrelangen Prozeß mit hohen Schadenersatzforderungen und weiterer aufschiebender Wirkung führen kann. Wir glauben, daß PreussenElektra einen solchen Prozeß wünscht, um ausstiegswillige Politiker in Deutschland abzuschrecken.“

Aus: LinX, Kiel. Weitere Infos unter <http://come.to/barseback>

**kein
mensch
ist
illegal**

Wanderkirchenasyl erhält Aachener Friedenspreis

AACHEN. „Wir wollen den betroffenen kurdischen Flüchtlingen mit unserem Friedenspreis helfen, bei uns Schutz zu finden. Wir wollen die Lage in der Türkei und in den kurdischen Provinzen im Südosten der Türkei öffentlich machen. Wir wollen jene Menschen ehren und würdigen, die sich mit Mut und Selbstlosigkeit für die Verfolgten und Bedrängten in unserem Land einsetzen.“ So heißt es u.a. in der Preisverleihung für die 3 K's (KurdInnen – Kirchen – Kampagne kein mensch ist illegal) des ersten Wanderkirchenasyls in Deutschland, über das wir hier schon mehrfach berichtet haben. Der diesjährige internationale Preisträger ist die Internationale Peacebrigade, die als waffenlose Bodyguards bedrohte MenschenrechterInnen begleiten und so deren Arbeit oft erst ermöglichen. Die Preisverleihung findet am 1. September nach einer Kundgebung um 17.30 auf dem Willy-Brandt-Platz um 19 Uhr in der Aula Carolina, Pontstraße, statt.

LK

Rassistisches Handeln der Polizei in Jena angeprangert

Asylbewerber aus Jena, die Menschenrechtsgruppe „The Voice e.V. Africa Forum“ und deutsche Augenzeugen überreichten dem Flüchtlingsrat Thüringen Gedächtnisprotokolle und Berichte über zwei Polizeieinsätze am 23. und 24. Juni in Jena, in der Jenaer Innenstadt und besonders am zentralen Busbahnhof.

Betroffen waren überwiegend Asylbewerber, die in der Erstaufnahmeeinrichtung Jena-Forst leben. Vom Busbahnhof fährt der Bus in das Heim ab. Gegenstand des Polizeieinsatzes war offensichtlich die Suche nach Drogendealern. Nach Aussagen der Betroffenen wurden willkürlich Menschen mit schwarzer Hautfarbe festgenommen, in Plastikhandschellen gelegt, erkennungsdienstlich behandelt und zum Teil bis zu 7 Stunden lang bei der Polizei festgehalten. Den Verhafteten sei teilweise der Grund der Festnahme nicht mitgeteilt worden. Einige Afrikaner seien beschimpft worden, und ihnen sei von Polizeibeamten nahegelegt worden, nicht mehr in die Jenaer Innenstadt zu kommen.

Ein Augenzeuge beschreibt die Situation am Bahnhof: „Nachdem sie in Handschellen genommen wurden, wurden sie wie Kriminelle in eine Reihe gestellt und in aller Öffentlichkeit mit Video aufgenommen. Die Szene war so entwürdigend, daß einige deutsche Fußgänger die Polizei fragten: „Warum tun Sie das?““

Die Flüchtlinge und „The Voice“ verurteilten, daß wahllos Menschen alleine aufgrund ihrer Hautfarbe verdächtigt wurden, mit Drogen zu handeln. Der Flüchtlingsrat forderte eine unabhängige Überprüfung des Polizeieinsatzes. Überprüft werden müsse insbesondere, aufgrund welcher Anweisung Menschen nach dem Kriterium der Hautfarbe und ihres Asylbewerberstatus festgenommen

würden. Der Flüchtlingsrat fordert weiter, die interkulturelle Praxis der Jenaer Polizei grundsätzlich zu verbessern und Defizite im polizeilichen Handeln anzuerkennen. Bereits im Dezember 1998 hatte eine Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates Dienstaufsichtsbeschwerde beim Thüringer Innenministerium eingebracht, weil sie Augenzeugin diskriminierenden Handelns von Beamtinnen der Polizeiinspektion Jena gegenüber einem Asylbewerber wurde. Die Beschwerde wies das Thüringer Innenministerium damals als „unbegründet“ zurück.

(aus: UNZ Thüringen Nr. 15-99)

Für eine große BAföG-Reform!

BONN. Der freie Zusammenschluß von studentInnenschaften – fzs – reagierte empört auf die jüngsten Äußerungen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn zur BAföG-Reform. In einem am 9.8. in der „tageszeitung“ veröffentlichten Interview hatte sie erklärt, sich nicht mehr für die angekündigte große BAföG-Reform einsetzen zu wollen.

Wie sich das BAföG momentan entwickelt, belegen die Daten des Statistischen Bundesamtes und der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes. Unter der Regierung Kohl hat sich die Zahl der Geförderten von fast 40% auf nur noch gut 15% verringert. Dieser freie Fall des BAföG ist seit dem Oktober 1998 nicht gestoppt worden. Auch in den letzten Monaten ist die Gefördertenquote, trotz Reparaturnovelle, weiter gesunken. Dabei war die SPD nach der gewonnenen Bundestagswahl angetreten, um die momentane Misere der Ausbildungsförderung zu beenden. Sie wollte das bestehende BAföG durch das sogenannte „3-Körbe-Modell“ ersetzen. Auf dieses Modell hatten sich Gewerkschaften, studentische Verbände und das Deutsche Studentenwerk in einem jahrelangen Diskussionsprozeß verständigt. „Die Ministerin verschweigt, daß vermögende Familien vom Familienlastenausgleich bislang weit stärker profitieren als ärmere. Diese Ungerechtigkeit würde mit dem Drei-Körbe-Modell ausgeräumt werden, anstatt eine neue zu schaffen“, so fzs-Vorstandsmitglied Ahrens. Aus: PE der fzs

Jugendliche setzen Segel

KÖLN. Im September wird eine internationale Schiffstour durch 6 Städte in NRW (Bonn, Köln, Leverkusen, Düsseldorf, Krefeld und Duisburg) stattfinden, die Jugendliche einlädt, an Workshops und Trainings zu den Themen Diskriminierung und Gewalt teilzunehmen. In jeder Stadt bleibt das Schiff 3 – 4 Tage, an einem Tag ist jeweils ein „Tag der offenen Luken“ mit umfangreichem Kulturprogramm für die Öffentlichkeit vorgesehen. Örtlichen Gruppen, Initiativen, Jugend- und Bildungseinrichtungen wird ein Forum geboten, ihre Aktivitäten darzustellen bzw. sich je nach Interesse einzubringen.

Auflösung der „BGS-Ermittlungsgruppe Graffiti“

Mit einer Kampagne wurde die Ermittlungsarbeit der BGS EG Graffiti so stark öffentlich angegriffen, daß sie ihre Arbeit einstellte. Der Sozialistische Alternative Stadtverband Kassel berichtet darüber ausführlich in seinem Flugblatt vom August 1999.

In Kassel versuchte der BGS – wie in vielen anderen Städten auch, die Graffiti-Szene zu kriminalisieren. Die drei legalen Flächen wurden rund um die Uhr observiert, mindestens sieben Writer wurden dort festgenommen, um ihre Personalien aufzunehmen, ihre Wohnungen zu durchsuchen (teilweise auch die der Eltern), die Graffiti-Aktion der letzten „Cassel-Jam“ wurde verdeckt aus dem Auto gefilmt, einzelne Writer wurden bis in andere Städte verfolgt. Bei den Hausdurchsuchungen wurden teilweise die Zeugen rausgeschickt (dürfen „laut Gesetz“ dabei sein), um den Beschuldigten besser schikanieren, beleidigen und nötigen zu können. Daß es dem BGS nicht darum ging, „einen Fall zu lösen“, sondern darum, Writer fertig zu machen, zeigt sich z.B. daran, daß die Beamten einem Kunststudenten seine Studien-Zeichnmaterialien abnahmen und einem Auftragssprüher seine Werbemappe, Graffiti- und Privatphotos (auch von Aufträgen) sowie etliche Sachen, die nichts mit Graffiti zu tun haben. Die Wohnungen der Eltern wurden teilweise auch gleich mit durchsucht.

Die SAV Kassel schrieb ein 4-seitiges Faltblatt, um über Graffiti als Jugendkultur und über die BGS-Methoden zu informieren, und startete eine Unterschriftensammlung. Außerdem schrieben wir ca. 20 Presseerklärungen, für die wir uns noch eine ganze Reihe anderer Organisationen als Unterstützer holten (sind teilweise unten abgedruckt). Somit wurde der BGS über mehrere Monate von den verschiedensten Organisationen in unserer (einzigen) Zeitung angegriffen. Zusätzlich organisierten wir noch 'ne „Demo“; zwischen den Reden gegen den BGS gab's Kultur von Plattentellern und auf Leinwänden. Ca. 400 Leute (für Kassel schon echt o.k.) plus ein paar Zivil-BGSler kamen.

Dies fand auch in manchen überregionalen Medien Beachtung. Bei einem Fernsehauftritt im Hessischen Rundfunk konnten wir dann noch „gegen“ den Frankfurter BGS-Chef diskutieren – was eindeutig ööllig beschissen für den BGS ausging (ich dachte, so Leute wären rhetorisch geschult!). Dadurch, daß die SAV international organisiert ist, konnten wir auch einige ausländische Medien auf den BGS „hetzen“.

Inzwischen haben wir fast die ersten

1000 Unterschriften zusammen und hatten uns schon über eine Presseaktion Gedanken gemacht, um dies öffentlich zu machen. Doch dann kam – relativ plötzlich – die Info, daß „die BGS EG-Graffiti in Kassel aufgrund der öffentlichen Angriffe“ – schon – „aufgelöst ist“.

Wir haben es also mit wirklich geringem Aufwand geschafft, eine bundesweite, staatlichen Polizeitruppe zu zwingen, eine ihrer Abteilungen aufzulösen.

Deswegen versuchen wir im Moment, diese Kampagne bundesweit zu verbreiten, um gegen alle Graffiti-Sokos aktiv zu werden. Das geht allerdings nur, wenn genügend Leute mithelfen und selber in ihrer Stadt was auf die Beine stellen. Wir stellen gerade ein Infopaket über die ganze Kampagne zusammen, das wahrscheinlich ab Mitte August bei uns bestellt werden kann.

Da die SAV keine fetten Konzerne im Rücken hat, sondern sich nur über Spen-



den finanziert (die einzige Möglichkeit, um als politische Organisation „real“ zu bleiben), können wir nicht die gesamte Kampagne (Faltblätter, Porto...) finanzieren. Habt bitte deswegen Verständnis dafür, daß wir die ganzen Infos nur gegen Rückporto rausschicken können (Spenden sind natürlich auch immer willkommen!).

There's no Justice – there's just us!

SAV – Sozialistische Alternative Stadtverband Kassel

Frankfurter Straße 58, 34121 Kassel
Tel.: 0561/9223522, Fax: 0561/9223523

Unterstützer der Kampagne:

1. Skateboardverein Kassel „Mr. Wilson“, Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer PolizistInnen, Asta Uni Kassel, Fachschaftsrat der Kunstuni Kassel, Jugendwerk der AWO (Fulda), Kasseler Graffiti-Archiv, Barbara Uduwerella, HipHop Hamburg e.V., Jugend gegen Rassismus in Europa, solid Hessen, Steffi Nitschke (Betriebsrätin Städtische Kliniken Kassel) ...

EU im Ostseeraum

Am 30. Juni fand in Ahrensburg eine Veranstaltung unter dem Titel „Hamburg und Schleswig-Holstein – gemeinsam wachsen im Ostseeraum“ statt. Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Bülck und der Hamburger Wirtschaftssenator Mirow sprachen vor Teilnehmern aus Unternehmen, Kammern, Verbänden und Wissenschaft der Region und der Ostseeanrainerstaaten über Wege, wie die „Chancen der boomenden Ostseeregion von Hamburg und Schleswig-Holstein offensiv genutzt werden können“. Senator Mirow sagte: „Den Hamburger Unternehmern rate ich, die Chancen der Ostseeregion nicht zu versäumen. Wir können und müssen anknüpfen an alte Traditionen der Hanse, an den intensiven Handel, den es vor der Teilung Europas in Ost und West im Ostseeraum gab und heute schon in beträchtlichem Umfang wieder gibt.“ Bürgermeister Runde bezeichnete in seiner Haushaltsrede die Eigenschaft der Hansestadt Hamburg als „Tor der Welt nach Europa und besonders zur dynamischen baltischen Region“ als eines der Strategiefelder, denen die Stadt mit der Verbesserung der Infrastruktur gerecht werden müsse. Die Handelskammer diskutiert hoffnungsvoll die Möglichkeit einer festen Fehmarn-Belt-Querung, mit deren Erstellung sie die Erwartung verbindet, daß aus der „Achse Hamburg/Berlin ein Dreigestirn Hamburg, Berlin und Kopenhagen/Malmö wird – eine Nordeuropäische Wachstumsregion, von der alle Beteiligten nur profitieren können.“ Angesichts dieser „Hanse-Euphorie“ von Staat und Kapital ist es überfällig, die Bedeutung dieser Aktivitäten für Linke und Gewerkschaftsbewegung zu diskutieren. Wir veröffentlichen dazu einen Beitrag aus den „Elmshorner GegenSätzen“. ulj

Die politische Ausgestaltung der EU in Form der Abschottung nach außen und Repression nach innen („Festung Europa“) droht auf Seiten der Arbeit die soziale Strukturierung eines Wirtschaftsraums mit abgestuften Zugängen zum Arbeitsmarkt als „Arbeitshaus Europa“. Die ungestörte Zur-Verfügung-Stellung der Arbeitskraft entsprechend der industriellen und betrieblichen Konjunktur- und Auftragszyklen („atmende Fabrik“) als Grundmaxime gesetzt, wird der „Arbeitskörper“ in voneinander abschottbare Teile zergliedert. Neben den (schrumpfenden) Kernbelegschaften großer Konzerne entsteht – vielfach gebrochen regional und

sozial differenziert – die rechtlose Wanderarbeit und ein riesiger Billiglohnsektor („Arbeit billig wie Dreck“, Afheldt). Verknüpft mit dem rechtlichen Instrument des Arbeitszwangs und des Sozialleistungsentzugs, geographisch ausgesteuert in prosperierende EU-Regionen und mobilisierbare Reserveräume, entsteht eine EU-Gesellschaftskonzeption, deren theoretische und praktische Kritik als Aufgabe kaum erfaßt ist. (1)

Eine solche EU-Regionalpolitik wird seit geraumer Zeit von den Ostseeanrainerstaaten, initiiert von der schleswig-holsteinischen Landesregierung, unter dem Begriff *Ostseekooperation* betrieben.

Engholms „Hansestrategie“

Zur Begründung der Ostseekooperation hatte der ehemalige Ministerpräsident Engholm 1992 angeführt: „Die neuen europäischen Großregionen werden sich nicht mehr allein nach nationalstaatlichen Grenzen richten. Und sie dürfen es nicht. Wollte man mit dem Begriff an Vergangenes anknüpfen, dann hieße eine der neuen europäischen Großregionen ‚Hanseraum‘. Hanse ist der Begriff für die alte ökonomische Einheit im Norden Europas ... Hanse steht für innere Freiheiten und so etwas wie patriarchalische Demokratie in den Hansestädten; für die Vereinheitlichung von Handels- und Rechtsnormen rund um die Ostsee; für wenn man so sagen will, internationale Arbeitsteilung, also für das Prinzip des Weltmarktes.“ (2)

Der Begriff „Hanse“ ist typisch für deutsche Machtansprüche im Ostseeraum. Die Geschichte der Hanse reicht zurück ins achte bis neunte Jahrhundert mit der Ostkolonisierung, bis zur Tendenz der Deutschen im Mittelalter, in allen Ländern Osteuropas Fuß zu fassen. Die Ideologiebildung, die mit dem „Hanse“-Begriff und aktuell mit der „Ostseekooperation“ betrieben wird, sollte nicht unterschätzt werden.

Bericht der Landesregierung zur Ostseekooperation 1997/98

„Stabilität durch Kooperation“ – unter diesem Leitbild habe die Ostseezusammenarbeit als „Europa en miniature“ wichtige Funktionen für die beteiligten Staaten und Gebietskörperschaften, für

die Ostseeregion selbst und für das künftige Gesamteuropa: Sie schaffe transnationale europäische Identität jenseits nationaler Befangenheit gerade auch in den Nationen, die mit dem offiziellen EU-Europa Probleme haben. So sehr die EU dort als „Europa von oben“ abgelehnt werde, so populär sei das „Ostsee-Europa von unten“.

Die Ostseekooperation sei eine Klammer zwischen EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-Mitgliedsstaaten: Die Ostseepolitik gestalte Kooperation, wo Integration (noch) nicht möglich sei. Sie könne die wohl wichtigste Rolle bei der Vor-Beitrittsstrategie für die Beitrittsländer aus dem Ostseeraum spielen. Sie diene der marktwirtschaftlichen und demokratischen Transformation der Ostseeländer aus dem früheren sowjetischen Einflußbereich. Schon heute betrage der Binnenhandel der Region 100 Mrd. Dollar mit Aussicht auf deutliche Steigerungsraten. Und zahlreiche Projekte von Ostseeanrainern wären und seien Investitionen in die politischen Systeme der neuen Demokratien. Sie stärke darüber hinaus die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion im größeren Europa der Zukunft, das von regionalen Entwicklungszentren gekennzeichnet sein werde, die untereinander konkurrierten. Die sich verändernden Koordinaten im Ostseeraum erforderten – bei aller unvermeidlichen Konkurrenz norddeutscher Länder – im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins und Norddeutschlands eine enge norddeutsche Zusammenarbeit.

„Kooperation“? – wo die einen sich schon als Subjekte und die anderen als Objekte politischen Handelns ausgemacht haben?

„Neue Rahmenbedingungen und Konsequenzen“

Mit der nächsten Erweiterungsrunde der EU werde die Rolle des Nordens und des Ostens Europas – und damit des Ostseeraumes – an Bedeutung gewinnen. Die globale Konkurrenz werde – auch in der Ostseeregion – immer stärker als Wettbewerb der (Sub-)Regionen ausgetragen. Die Zahl der Akteure der Ostseekooperation sei gewachsen. Das Land Schleswig-Holstein müsse zum Teil direkt mit Staaten konkurrieren, die – im Gegensatz zu Deutschland – die Ostseepolitik als hohe Priorität ihrer nationalen Außenpolitik begreifen.

Durch neue Verkehrswege entstehe eine Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur in Nordeuropa. Parallel dazu würden sich die Transportzeiten für Güter, insbesondere im Ost-West-Verkehr, drastisch verkürzen. Das Verkehrsvolumen werde deutlich zunehmen.

Die positive politische und ökonomische Entwicklung des Ostseeraumes berge aber auch Risiken. Der latente Verfall der Legitimation staatlicher Autorität in Rußland,



Für 12 Mark die Stunde: Polnische Arbeiterinnen schälen Büsumer Nordseekrabben

die wachsende grenzüberschreitende Kriminalität und die latenten sicherheitspolitischen Konflikte zwischen Rußland und den baltischen Staaten verdeutlichten die Notwendigkeit einer regionalen Politik ziviler und militärischer Sicherheit.

Schleswig-Holstein müsse sich auf die veränderten Bedingungen einstellen. Entscheidungen und Initiativen in allen wichtigen Bereichen des Landes müssen auf die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion – und nicht nur dort – ausgerichtet sein. Diese Aufgabe stelle sich allen Akteuren im Lande, die dabei eng und abgestimmt zusammenarbeiten müßten. (3)

Nordstaat und Corporate Identity

Soweit die Berichte der Landesregierung. Sie sind stark von der Suche nach einer „Corporate Identity“ geprägt. Ebenso lebt die alte Nordstaatdebatte (Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, und jetzt auch Mecklenburg Vorpommern) nicht nur auf, sondern wird bereits praktiziert. Die drei erstgenannten haben jetzt schon eine gewisse Aufgabenverteilung auf Länderverwaltungsebene. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch in Schweden und Finnland. Kommunale Gebietskörperschaften werden aufgelöst und zu größeren Einheiten zusammengefaßt. In Polen ist die Auflösung von 49 Gebietskörperschaften in nur noch 15 vorerst am Präsidenten gescheitert. EU-Regionalpolitik bedeutet eben nicht Stärkung regionaler Entscheidungsebenen, sondern genau das Gegenteil.

Für die „Neuordnung der Verkehrsinfrastruktur für Nordeuropa“, bei der in Schleswig-Holstein „alle Akteure eng und abgestimmt zusammenarbeiten müßten“, nennt der Bericht unter Punkt 9. „Einbindung Schleswig-Holsteins in die Verkehrsströme und Verkehrsplanung des Ostseeraums ... durch die Weiterführung der Autobahn 20“. Die A 20 war und ist ein Expansionsprojekt. Mit dieser Autobahn, auch „Hanseautobahn“ genannt, soll entlang der Ostseeküste bis nach St. Petersburg eine Infrastruktur geschaffen werden, welche Industriezentren in den Küstenregionen an die „deutsche Nordstaatregion“ koppelt.

Weiter will Schleswig-Holstein durch „Joint-ventures“ mit „seinen hochwertigen Produkten aus der Ernährungswirtschaft die Agrarmärkte Osteuropas erobern“. So steht es wortwörtlich im Bericht. Damit ist das Bauernlegen in den nordosteuropäischen Ostseeanrainerstaaten erklärtes Ziel. Es geht, wie eingangs angemerkt, um die Zur-Verfügung-Stellung billigster Arbeitskraft für die industrielle Fertigung. *rua*

Quellen: (1) Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Ergebnisse und Materialien Dez. 98; (2) Informationen der Handwerksammer Hamburg 10/92; (3) Berichte der Landesregierung zur Ostseekooperation 97/98 und 97 (Drucksache 14/888)

Brandenburg, Thüringen und Sachsen

Vor den Landtagswahlen

Im kommenden Monat September stehen in drei ostdeutschen Bundesländern Landtagswahlen auf dem Politikkalender. Im Oktober folgt die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin. Nach der Europawahl im Sommer 99 werden diese Wahlen in mehrfacher Hinsicht zu Gradmessern für die gegenwärtige Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Bundestkanzler Schröder und seine „Genossen“ in der rot-grünen Regierung werden sehr gespannt sein, wie diese Wahlen in Ostdeutschland für die SPD ausgehen. Wird es einen weiteren Einbruch für die SPD geben, in dem sich eine breite Ablehnung des politischen Kurses der Schröder-Regierung durch den ostdeutschen Wähler manifestiert? Umfragen in allen drei Bundesländern bestätigen den allgemeinen Trend, daß die SPD in der Gunst des Wählers abfällt und die CDU zulegt. Nicht ungehört bleiben im Osten die lobenden Worte, die aus Richtung der Unternehmerverbände kommen, daß die Schröder-Regierung nach anfänglichen Schwierigkeiten nun doch dazu übergegangen ist, eine „richtige“ Politik zu machen. Diese Politik heißt „Sparpaket“, wie es von Finanzminister Eichel vorbereitet wurde. Dieses Projekt stößt in vielen Bereichen in den ostdeutschen Ländern auf Ablehnung. Die an der Regierung in Mecklenburg-Vorpommern beteiligte PDS jedenfalls will diesem Sparpaket des bundesweiten Sozialabbaus bei Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern keinesfalls zustimmen.

Nun, einige Wochen vor den Wahlen, wird sichtbar, daß die SPD krampfhaft nach Auswegen sucht, um ihre Positionen so gut es geht zu retten. Es hat sich bis hinein in die Parteispitzen herumgesprochen, daß die Chancen für eine Alleinregierung in Brandenburg oder für die Abwahl der alleinregierenden CDU in Sachsen schlecht stehen. So verlautbaren SPD-Politiker in Brandenburg schon einmal, daß sie durchaus an einer Zusammenarbeit mit der CDU interessiert sind. Oder wie in Thüringen geschehen, nahm SPD-Landeschef Dewes das ehrgeizige Ziel zurück, seine Partei zur stärksten Partei in Thüringen zu machen. Der SPD habe die unpopuläre Politik geschadet, die die rot-grüne Bundesregierung realisiere.

Wahlplakate, auf denen Schröder mehr Arbeitsplätze verspricht, kommen beim ostdeutschen Wähler schon lange nicht mehr an. Weder in Thüringen noch in Mecklenburg-Vorpommern noch anderswo hat die neue Regierung ihr Wahlversprechen wahr machen können. Die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland liegen immer noch über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Allerdings kommen diese Politiker kaum auf den Gedanken, sich mit ihren politischen Aussagen stärker auf die PDS zu orientieren, die sich offenbar in allen ostdeutschen Bundesländern im Aufwind befindet. Im Gegenteil, die PDS gilt als politischer Gegner und wird entsprechend behandelt. Im Unterschied zu früheren Wahlen allerdings mit einem neuen Ak-

Thüringen: Volksbegehren mehr Demokratie

Am 1. November soll in Thüringen ein Volksbegehren „Mehr Demokratie“ starten, das vor allem eine Senkung der Quoren für Volksentscheide und Bürgerbegehren zum Ziel hat. Die Thüringer Zeitung „UNZ“ berichtete Ende Juli über die Vorbereitungen.

Immer mehr BürgerInnen sind mit den Entscheidungen, die auf verschiedenen politischen Ebenen getroffen werden, unzufrieden. Ob das die Kommunen, das Land oder den Bund betrifft – es wächst das Mißtrauen, auch gegenüber den Entscheidungsträgern. Die geringe Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen ist dafür ein Beleg.

Immer mehr BürgerInnen wollen mitbestimmen, wenn wichtige Entscheidungen getroffen werden. „Mehr Demokratie“ lautet die berechtigte Forderung. (...)

Beide Formen der Bürgerbeteiligung – der Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene sowie der Volksentscheid auf Landesebene – sind zwar in Thüringen möglich, jedoch aufgrund der geforderten

Quoren und des umfangreichen Ausschlußkatalogs so gut wie nicht in der Praxis umzusetzen.

Der Verein „Mehr Demokratie in Thüringen e.V.“ will ein Volksbegehren zur Änderung der derzeitigen Gesetzgebung starten. Dabei sollen die Quoren für das Volksbegehren und die Bürgerentscheide deutlich gesenkt und der Ausschlußkatalog reduziert werden.

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. unterstützt im Trägerkreis die Vorbereitung dieses Volksbegehrens. In einem breiten Bündnis aus Verbänden, Vereinen, Parteien, Kirchen und vielen BürgerInnen will der Verein das Volksbegehren voraussichtlich am 1. November 1999 starten ...

Wer diese Aktion unterstützen möchte, der wendet sich bitte an: „Mehr Demokratie e.V.“, Landesbüro Thüringen, Rennbahn 5, 99187 Eisenach, Tel. 03691-74896, Fax 036926-90254. (Frank Kuschel)

aus: UNZ 15-99, wg. Platz geringf. gekürzt

LADENSCHLUSSDISKUSSION

Köln/Berlin. Der Deutsche Städtetag zweifelt daran, daß es in den Städten eine Mehrheit dafür gibt, an Sonntagen die Geschäfte generell zu öffnen. Der Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus sprach sich im Westdeutschen Rundfunk vehement gegen die Hauruck-Methoden des Kaufhof-Konzerns aus. Articus unterstrich die Forderung der Städte, die Öffnungszeiten von Montag bis Samstag flexibel handhaben zu können. Ziel der Städte sei es, die Innenstädte zu beleben und stärker gegenüber den Geschäften auf der „grünen Wiese“ zu differenzieren. „Aber es kann auch nicht sein, daß sich jeder die Gesetze aussucht, die er akzeptiert und nach denen er sich richten will. Der Gesetzgeber muß deshalb sehr schnell durch eine akzeptable Regelung den Rechtsfrieden wiederherstellen“, sagte Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), in Berlin. „An den Werktagen kann es keine Öffnungsverbote mehr geben. Dies wird den attraktiven Innenstädten, wo neben Einkauf eine Vielzahl anderer Freizeitaktivitäten möglich sind, und der ‚grünen Wiese‘ Vorteile bringen. In den kleineren und mittleren Städten können und wollen allerdings viele Einzelhändler die verlängerten Zeiten nicht ausschöpfen.“ „Die Kommunen sind durchaus in der Lage, gemeinsam mit Handel und Verbrauchern vor Ort angemessene Regelungen zu finden. Eine staatliche Bevormundung durch das Ladenschlußgesetz mit einheitlichen Regelungen für ganz Deutschland ist entbehrlich“, so Landsberg.

KONZESSIONSABGABEN Berlin. Am 31. Juli trat die erste Verordnung zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung in Kraft. Sie dient dem Zweck, den Städten und Gemeinden die wichtige Einnahmequelle „Konzessionsabgabe“ zu sichern. Die Abgabe zahlen die Energieversorgungsunternehmen an Städte und Gemeinden für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen unter Benutzung öffentlicher Verkehrswege. Als „Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssen“, begrüßte Helmut Dedy vom DStGB die neue Verordnung. Mit dem 1998 in Kraft getretenen neuen Energiewirtschaftsgesetz habe der Gesetzgeber zahlreiche Anreize und Möglichkeiten zur Umgehung der Pflicht zur Zahlung der Abgaben geschaffen. Schätzungen des statistischen Bundesamtes zufolge verringerte sich das Abgabevolumen innerhalb eines Jahres bereits um mehr als 200 Millionen DM. Dedy begrüßte, daß sich der DStGB jetzt mit seiner Forderung, Maßnahmen zur Erhaltung des Konzessionsabgabevolumens von bundesweit ca. 6 Milliarden DM zu treffen, durchgesetzt

habe. Allerdings bleibe abzuwarten, ob die getroffenen Regelungen eine Verminderung des Konzessionsabgabenaufkommens nachhaltig verhindern könnten.

SPARPAKET Köln. Der Städtetag NRW wendet sich entschieden dagegen, daß der Bund durch sein Sparpaket erhebliche Lasten auf Länder und Kommunen verschieben will. „Drohende Zusatzbelastungen sind für die Städte in Nordrhein-Westfalen nicht tragbar. Die Landesregierung muß diese Belastungen im Bundesrat verhindern. Völlig unverantwortlich ist vor allem der Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger. Es wäre eine Katastrophe, wenn das Land diese Kosten an uns weitergibt und womöglich außerdem seinen eigenen Finanzanteil reduziert“, erklärte der Vorsitzende des Städtetages NRW, Dieter Pützhofen. Durch die Sparmaßnahmen des Bundes beim Wohngeld, der originären Arbeitslosenhilfe und beim Unterhaltsvorschuß für Alleinerziehende würden die nordrhein-westf. Kommunen jährlich mit etwa 800 Millionen DM belastet. Durch die geplanten Verbesserungen beim Familienlastenausgleich kämen weitere Kosten hinzu. Vom Bund angeführte Entlastungen durch das sog. Zukunftsprogramm, z.B. bei den Personalausgaben, werden sich deutlich unterhalb der 100 Millionen DM-Marke bewegen und auf keinen Fall die Zusatzbelastungen auch nur annähernd kompensieren.

VERWALTUNGSSTRUKTUREN Köln. Erhebliche Bedenken hat der Städtetag NRW gegen das 2. Modernisierungsgesetz, mit dem die Landesregierung die Verwaltungsstrukturenreform im Lande vorantreiben will. „Zuständigkeitsverlagerungen und Belastungsverschiebungen ... kommen für uns nicht in Frage, solange die finanziellen Folgewirkungen nicht ausgeleuchtet und geregelt sind!“ erklärte Dieter Pützhofen. So könne man nicht einfach Aufgaben der kommunalen Landschaftsverbände auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne die finanziellen Konsequenzen bedacht zu haben. Es gebe überörtliche kommunale Aufgaben, die für die Bürger unverzichtbar seien, aber gleichwohl nicht von einer Einzelstadt finanziert werden könnten. Pützhofen nannte beispielsweise psychiatrische Einrichtungen, spezialisierte Sonderschulen mit überörtlichen Einzugsbereichen und Hilfen für Personen mit besonderen Schwierigkeiten. Die Verlagerung derartiger Aufgaben bedürfe einer sehr präzisen und differenzierten Kostenermittlung. Erst recht müßten die Auswirkungen auf den interkommunalen Finanzausgleich geklärt werden, denn die Städte seien gerade im Sozialhilfereich sehr unterschiedlich belastet.

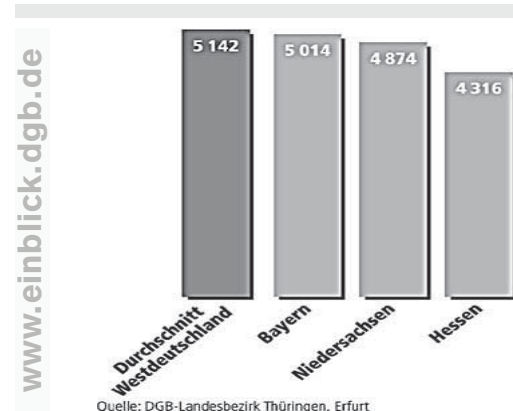
Zusammenstellung: ulj

zent: Sie wird in einem Atemzug mit der CDU genannt, weil sie den Wahlkampf in trauter Gemeinsamkeit mit ihr führe. Nach Dewes verbreite sie im Land das „süße Gift der Verunsicherung“.

Für die PDS stehen allerdings andere Probleme zur Diskussion: Wie wird sie sich positionieren, wenn die Wähler sie zum Zünglein an der Zunge machen und für sie – wie in Sachsen-Anhalt – Tolerierung – oder wie in Mecklenburg-Vorpommern – Regierungsbeteiligung auf der Tagesordnung steht. Die vorliegenden Erfahrungen sind nicht gerade ermutigend. Der Geschäftsführer der PDS-Fraktion im Schweriner Landtag, Arnold Schoenenburg, der Ministerpräsident Ringsdorf das Nein der PDS zu den Sparplänen der Bundesregierung ankündigte, kritisierte die SPD/PDS-Koalition, daß sie nicht das erfülle, was sie versprochen habe, nämlich Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, eine neue Bildungspolitik und sozial-kulturelle Fortschritte im Land. In Sachsen-Anhalt hat die PDS klar machen müssen, daß sie der Höppner-Regierung ihre Unterstützung verweigert, wenn diese sich nicht für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer stark macht.

Die PDS befindet sich in einem politischen Dilemma: Stimmt sie in ihren Handlungen den Absichten der Landesregierung zu, unterstützt sie die neoliberale Politik der Regierung Schröder, stellt sich gegen die Interessen ihrer Wähler. Lehnt sie eine Regierungsbeteiligung rundweg ab, desorientiert sie den Wähler, der Hoffnungen in sie setzt, zumindest mit seiner Stimme für die PDS Protest gegen die Regierungspolitik ausdrücken will.

Nun hat die PDS in Brandenburg der SPD wiederholt ein Koalitionsangebot unterbreitet. Auch für Thüringen kann eine Koalition SPD/PDS zur Debatte stehen, nur daß die dortige PDS sich nicht festlegt und ihre Optionen offenhält. In Brandenburg verbindet PDS-Vorsitzender und Fraktionschef Bisky dieses Angebot mit der Forderung an die SPD, sich originell zu zeigen und sich nicht nach Bonner Muster zu verhalten. Bisky richtet an die SPD die Forderung, sich gegen die Bonner Pläne zu wenden und eigene, ostdeutsche Vorstellungen zu entwickeln, die die Sparpläne der Schröder-Regie-



rung ablehnen. Er muß allerdings einsehen, daß z.B. auch die in Brandenburg und im Osten beliebte SPD-Politikerin Regine Hildebrandt sich mehr und mehr angepaßt hat - wie eben auch Regierungschef Manfred Stolpe.

In Sachsen stellt sich die Situation etwas anders dar. Hier geht es der PDS um die Beendigung der CDU-Alleinherrschaft. Allerdings ist dies auch nur zu machen, wenn die SPD sich für die Überwindung der bisherigen Politik einsetzt. Deren Vorsitzender Kunckel allerdings attackiert mehr die PDS als die CDU, die er im Wahlkampf besiegen möchte. Für die PDS kann es auch nur um einen grundlegenden Wandel der Regierungspolitik gehen, da Sachsen einen verdoppelten Anteil an Sozialhilfeempfängern und den bundesdeutschen Rekord bei Insolvenzen aufzuweisen hat. Ob die SPD dabei mitzieht, ist unklar.

In allen drei Bundesländern sind Ergebnisse zu erwarten, die die bisherigen politischen Konstellationen verändern werden. Die SPD wird Wählerstimmen einbüßen, die CDU wird zulegen, die PDS ebenso. Für die PDS stellt sich die entscheidende Frage nach den Möglichkeiten, die sich für sie zur Durchsetzung eines sozialen Kurses ergeben werden. Kann sie mit Regierungsbeteiligung oder -nähe Veränderungen bewirken? Es kommt die Zeit der Entscheidung. Gregor Gysi erklärte, die PDS werde keine weiteren Koalitionen mit der SPD eingehen, „wenn sich die Schrödersche Richtung flächendeckend in der SPD durchsetzt“. Gysi meinte, daß „man unsere Handschrift deutlicher spüren muß als bisher“. Eine Regierungsbeteiligung der PDS kann nicht prinzipienlos gestaltet werden. Sie erscheint sinnvoll, wenn sie zu einem Wandel der Landespolitik führen und zu einem Gegengewicht gegen die Schrödersche Regierungspolitik werden kann. Um mit Bisky zu sprechen, heißt das, daß ein Manfred Stolpe ursprünglich sein könnte, wenn er im Osten „was Mutiges macht“. Dazu ist eine SPD gefordert, die sich im Osten strikt gegen die Regierungspläne wendet. Dazu ist eine PDS gefragt, die in der Lage ist, ihr sozialen Vorstellungen in einer neuen politischen Situation durchzusetzen. Keinesfalls ist denkbar, sich in diesen Entscheidungen heraushalten zu wollen. (abe)

Wirtschafts-
presse

In den Niederlanden haben beim Ladenschluß die Gemeinden das letzte Wort. HB, Freitag/Samstag, 6./7.8.99. – Besonders die großen Kaufhäuser wollen auch in Holland sonntags öffnen. Wie H. Barendes, Direktor des Einzelhändler-Verbands AGF in Den Haag, berichtet, bleiben die Läden der kleineren Händler sonntags meist geschlossen: Die Personalkosten seien zu hoch. In den Niederlanden wurde das Ladenschlußgesetz 1996 liberalisiert. Wenn die Gemeinde zustimmt, können Geschäfte einmal in Monat sonntags öffnen.

Altersvorsorge wird in spekulative Kapitalanlagen gedrängt. – Der Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) Michael forderte die Bundesregierung auf, die Pläne zur Besteuerung der Kapital-Lebensversicherungen aufzugeben und eine Lösung zu suchen, bei der die private Altersvorsorge gestärkt, nicht geschwächt werde. Dies könne nur durch steuerliche Anreize geschehen.

Eingliederungsmaßnahmen der Arbeitsämter erfolgreich? HB, Freitag/Samstag, 13./14.8.1999. – Der BDA-Abteilungsleiter Arbeitsmarktpolitik, Ch. Kannengießer, moniert, daß die neuen Eingliederungsstatistiken der Arbeitsämter entgegen der Begründung zur

1998 erfolgten Rechtsänderung keine Rückschlüsse auf den Erfolg der Eingliederungsmaßnahmen erlaubten. Aus dem Anteil der Geförderten, die sechs Monate nach Ende der Maßnahme oder vorzeitigem Austritt nicht arbeitslos gemeldet sind, könne nicht geschlossen werden, daß die Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt geführt haben.

Lohnabstandsgebot durch Bundesverfassungsgericht bestätigt. HB, Donnerstag, 5.8.99. – Die von der IG Metall erfolglos beklagte Vorschrift im Sozialgesetzbuch III bestimmt, daß Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit für gemeinnützliche Arbeiten nur dann in voller Höhe gewährt werden, wenn der Lohn für diese Arbeiten mindestens 20% niedriger als auf dem freien Arbeitsmarkt ist. Positiv ist die Reaktion der BDA auf das Urteil. Es sei ein weiterer Mosaikstein auf dem Weg zur Lockerung des Günstigkeitsprinzips und damit zur rechtlichen Anerkennung betrieblicher Bündnisse für Arbeit und tarifliche Öffnungsklauseln. Das BVerfG sei in seiner Begründung weit über den Sachgruppenvergleich hinausgegangen. Das Gericht betone sehr die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen, dies sei absolut neu.

Presseauswertung: rst

hbv:

„Heißer Herbst in Thüringen“

Unter dieser Überschrift berichtete die Thüringer UNZ Ende Juli über verschiedene im Herbst geplante Aktivitäten der Thüringer HBV, die diese auf ihrer Sitzung am 12. Juli beschlossen hatte.

„Wem gehört die Zeit? Tarifrunden-Solidarität“

„Die Auseinandersetzung um die freie und verfügbare Zeit der Handels- und Bankbeschäftigten wird nicht mehr von ihnen allein ausgefochten. Alle in der hbv vertretenen Branchen werden sich in den kommenden Auseinandersetzungen gegen die Regierungspolitik und die Arbeitgeberverbände einmischen. Teile und herrsche wird es mit uns nicht geben“, so Jürgen Rieder, stellvertretender Landesvorsitzender.

Der Landesvorstand beschloß die Kampagne der Fachgruppe Einzelhandel „Wem gehört die Zeit?“ aufzugreifen und zu unterstützen. Die Tarifrunde Einzelhandel werde von allen Fachgruppen in-

der hbv unterstützt und zur Tarifrunde der gesamten Organisation gemacht.

Betroffen von der Deregulierung der Arbeitszeiten und Beschäftigungsverhältnissen seien alle Wirtschaftsbereiche, der Dienstleistungssektor, Handel, Banken, Wohnungswirtschaft usw. jedoch besonders.

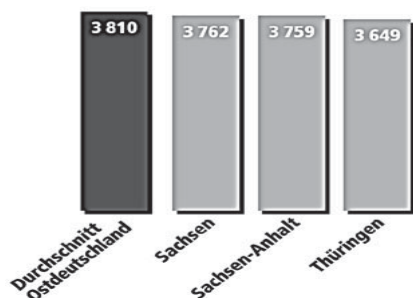
Widerstand gegen Sozialabbau

Auf Antrag des Erwerbslosenrates der hbv wird die Gewerkschaft im Herbst die Aktivitäten gegen den geplanten Sozialabbau durch die Bundesregierung unterstützen.

„Auch wenn SPD-Genossen dem kleinen Mann in die Tasche greifen, bleibt es eine soziale Ungerechtigkeit und muß mit entsprechenden gewerkschaftlichen Aktionen beantwortet werden. Wir haben eine neue Bundesregierung, aber noch lange keine andere Politik. Diese muß noch erkämpft werden“, betonte Angelo Lucifero, der neue Landesvorsitzende der hbv.

(aus: UNZ 15-99)

Bruttomonatsverdienste (DM) im Vergleich
(Stand: Juli 1998)



LGS entlich / Nachdruck frei

Redaktionsmitteilung: Die Sparte „Aus Betrieben und Genossenschaften“ fällt in dieser Ausgabe so kurz aus, weil der Platz für die vollständige Dokumentation der „12 Thesen“ (siehe nächste Seite) benötigt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung“ (ArGe)

führte ihre Sommerschule durch. Die drei Arbeitsgruppen waren gut besucht (dazu nächstes Mal mehr). Auf der Mitgliederversammlung wurde über die programatische Diskussion in der PDS diskutiert. Gast war Bernd Ihme von der Programmkommission. Er stellte die Arbeit der Kommission vor und erläuterte das Fragenkonzept. Er kündigte an, daß im Herbst ein erstes Thesenpapier vorgelegt wird. Zu den neuen Sprecherinnen der ArGe wurden Sabine Fache und Christiane Schneider gewählt.

Probleme mit der Gewaltenteilung.

Kein Zweifel, der von der SPD/PDS-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern entlassene Generalstaatsanwalt Prechtel gehört zu den Hauptrepräsentanten des staatlichen Repressionsapparates; er ist einer, dem die Verfolgung politischer Gegner ein persönliches Anliegen ist, bei dem er keine Skrupel kennt. Reaktionsär bis auf die Knochen und verfolgungswütig bis zum Mißbrauch des Amtes, das war er schon als Sprecher der Bundesanwaltschaft, das hat er in seiner Funktion als Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern nicht abgestellt. So benutzte er sein Amt in mehreren Fällen zum politischen Kampf, etwa wenn er die Strafverfolgung der PDS-Abgeordneten Muth durchsetzte und die wg. Geringfügigkeit mögliche Einstellung des Verfahrens gegen sie verhinderte. So brachte er Ermittlungen gegen eine andere PDS-Abgeordnete an die Öffentlichkeit etc. Gründe, diesem üblen Verfolger das Handwerk zu legen, gab es mit Sicherheit genug. Trotzdem bleibt bei seiner Entlassung durch die SPD/PDS-Regierung ein schaler Beigeschmack, und die Gerüchte verstummten nicht, daß es die PDS war, die die Entlassung bewirkte. Denn die Entlassung weist auf ein strukturelles Problem, das die Verletzung des Prinzips der Gewaltenteilung betrifft, die Abhängigkeit der Generalstaatsanwaltschaften von den Regierungen, die wir in ganz anderem Zusammenhang kritisiert haben: Im Krieg gegen Jugoslawien schützte sich die Bundesregierung mithilfe einer Bundesanwaltschaft, die nicht unabhängig, sondern ihr unterstellt ist, vor Strafverfolgung. Selbst wenn die PDS nicht direkt, sondern nur als Koalitionspartnerin an der Entlassung Prechtels beteiligt war, hat sie ein Problem, nämlich: Wie steht sie zur Gewaltenteilung? Ist sie in Opposition zur Regierungspolitik dafür und als Teil einer Regierung dagegen? Es ist zu befürchten, daß der „Fall Prechtel“ ihr erschweren wird, im „Fall Nehm“ so aktiv zu werden, wie es nötig wäre. *sc*

*Der Umfang des unten dokumentierten Textes sprengt den Rahmen des Diskussions- teils unserer Zeitschrift. Auch die Form („Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair“) ist problematisch, da keiner der beiden nach Gregor Gysis Meinung fragt. Tatsächlich gemeint war die Mitglied- und Wählerschaft der PDS, die über die Presse mit Interpretationen von Details des Textes konfrontiert wurde, die nun im Zusammenhang zu diskutieren wären. Mit Auszügen ist auch aus einem anderen Grund nicht geholfen. Die von der Autorengruppe um Gregor Gysi gewählte moderne Form der politischen Erzählung lebt von den liebevoll und detailliert ausgemalten Details einer Welt, wie sie sein sollte; Versuche, den tatsächlichen Gang der Ereignisse sich und anderen zu verständlich zu machen, fehlen überall. Boshafte sagen, nachdem die Programmkommission mit 486 rhetorischen Fragen vor die Partei trat, antworte Gysi mit 972 hilflosen Wünschen. Wahr daran ist, daß der Text, kurz vor den strategisch wichtigen Landtagswahlen im Osten (s. Seite 15 dieser Ausgabe), die Wünsche und Hoffnungen auflistet, die in der Mitglied- und Wählerschaft der PDS umlaufen. *maf**

Gerechtigkeit ist modern

Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair – Gregor Gysi: Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus – Herausgegeben von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg – August 1999

In fast allen Ländern der Europäischen Union nehmen Kräfte des demokratischen Sozialismus durch Opposition, Tolerierung oder Regierungsbeteiligung Einfluß auf Politik. Dies verlangt sowohl den Bezug auf und die Auseinandersetzung mit der Strategie des Neokonservatismus als auch der Sozialdemokratie. Gemeinsamkeiten müssen fixiert und Differenzen markiert werden. Die Positionen einer modernen sozialistischen Linken bedürfen der selbstbewußten Erklärung.

Freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller! – Das ist die Botschaft eines freiheitlichen, modernen und demokratischen Sozialismus. Der politische Anspruch eines demokratischen Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung der Gesellschaften, die die Durchsetzung der sozialen und politischen Menschenrechte für jeden einzelnen und für alle garantiert. In diesem Sinne kann Sozialismus auch als die Menschenrechtspolitik moderner Gesellschaften bezeichnet werden. Sie will die Gleichheit in der Freiheit und basiert deshalb auf einer Freiheit, die sich als solidarisch erweist.

Im folgenden sollen zwölf Thesen für eine demokratisch-sozialistische Politik am Ende des Jahrhunderts formuliert werden.

1. Die Vision für das 21. Jahrhundert: Moderne und Sozialismus verbinden!

Moderne Gesellschaften unterscheiden sich von den traditionellen vor- oder frühkapitalistischen Gesellschaften durch die „fortwährende Umwälzung der Produktion und die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung“ (Karl Marx). Motor dieser ständigen innovativen Veränderung ist ein institutionell geregelter Wettbewerb in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur, der auf der pluralen Verteilung von Eigentum, Macht und Einfluß beruht. Die Sicherheiten einer Bindung an lebenslang unveränderlich scheinende Lebensbedingungen sind aufgehoben.

Die Permanenz der Modernisierung ist ein ambivalenter Vorgang. Ihre Institutionen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur sind in diesem Jahrhundert oft genug als Instrumente krasser Unterdrückung gestaltet worden. Daraus gingen die Katastrophen des Jahrhunderts, gingen Weltkriege, Holocaust, Völkermord, Elend, Hunger und Umweltzer-

störung hervor.

Der staatssozialistische Versuch, der Spontanität und Unsicherheit des Kapitalismus mittels einer Ersetzung von Wettbewerb und Evolution durch planmäßige Steuerung und zentrale Verwaltung der Ressourcen zu entgehen, ist gescheitert. Auch wenn historisch seiner steten Bekämpfung und den damit verbundenen Bedingungen Rechnung getragen werden muß, gilt: Die allgemeinen Voraussetzungen von Innovation und Fortschritt wurden zerstört oder konnten nicht entstehen. Die soziale Sicherheit hatte somit keine dauerhafte ökonomische Grundlage gefunden. Freiheit und individuelle Initiative wurden eingeschränkt und grundlegende demokratische Rechte waren nicht gewährleistet. Der Staatssozialismus wurde zu einer stagnierenden Gesellschaft, die zunehmend zerfiel und schließlich zusammenbrach. Er hat der Menschheit dennoch wichtige Erfahrungen vermittelt, die es kritisch zu analysieren, nicht zu denunzieren gilt.

Sozialistische Politik nach dem Untergang des Staatssozialismus bedeutet, die Entwicklungspotentiale des Wettbewerbs in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur von der Dominanz der Kapitalverwertung zu befreien bzw. sie davor zu bewahren und ihre patriarchale Verfaßtheit zu überwinden. Erst dadurch wird es möglich, sie als Ressourcen für die Emanzipation und Entwicklung aller Individuen zu gestalten und die mit ihr verbundenen Risiken, Spontanitäten und Unsicherheiten gemeinschaftlich zu kontrollieren und solidarisch auszugleichen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist Konsequenz einer solchen Veränderung und zugleich Bedingung ihres Eintritts. Der Aufbruch in eine sozialistische Moderne zielt darauf ab, an die Stelle der Dominanz der Kapitalverwertung über Richtung, Gestalt und Tempo des Wandels der menschlichen Zivilisation die Dominanz sozialer, kultureller und ökologischer Zielstellungen zu setzen. Dazu bedarf es der politischen Steuerung, bewußter Gesellschaftsgestaltung und der Entwicklung von Gegenmächten, die dies durchsetzen können.

Es geht nicht um die Abschaffung von Märkten, sondern um andere Märkte; es geht nicht um die Unterdrückung unternehmerischer Initiative, sondern um neue Rahmenbedingungen für ihre soziale und ökologische Ausrichtung. Dies ist nicht durch Beschwörungsformeln wie sie im ge-

meinsamen Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair enthalten sind, zu erreichen, sondern dadurch, daß die Verfügungsmacht über Kapitaleigentum dort beschnitten wird, wo sie dem Gemeinwohlinteresse zuwider läuft, und sie dort neu ausgerichtet wird, wo sie jetzt zu ökologischer Degradation und sozialer Desintegration führt. Öffentliches Eigentum wird dabei eine neue Funktion erhalten müssen.

Es geht nicht um den Rückfall in eine Vor- oder Anti-Moderne, sondern um die Umgestaltung der Moderne. Die Verbindung von Moderne und Sozialismus ist nicht zwangsläufig, aber sie kann zur Gestaltungsaufgabe der Generationen des beginnenden 21. Jahrhunderts werden.

2. Die sozialdemokratische Gestaltung des Zeitalters der fordistischen Massenproduktion war durchaus erfolgreich. Man kann sie heute nicht mehr kopieren, aber man kann von ihr lernen.

Gerhard Schröder und Tony Blair zeichnen ein Bild sozialdemokratischer Politik vergangener Jahrzehnte als Quelle von Gleichmacherei, Innovationsfeindlichkeit, ständig steigenden und unproduktiv verwendeten öffentlichen Ausgaben, von Etatismus und verantwortungslosem Anspruchsdenken. Dieses Bild ist ahistorisch und ungerecht. Es macht vergessen, welches Maß an Produktivitätsentwicklung, Innovation, sozialem und kulturellem Aufstieg breiter Schichten der Bevölkerung in den letzten 50 Jahren erreicht wurde, gerade auch weil sozialdemokratische Vorstellungen großen Einfluß hatten.

Der fordistische Wohlfahrtsstaat, der nach dem zweiten Weltkrieg in Westeuropa und den USA entstand, konnte über eine lange Phase der Prosperität weitgehende Vollbeschäftigung, im Maße der Produktivitätsentwicklung steigende Arbeitseinkommen und an der allgemeinen Lohnentwicklung orientierte Sozialleistungen im Alter, bei Krankheit, Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit gewährleisten, ohne allerdings Armut je vollständig überwinden zu können. Industrielle Massenproduktion materieller Güter und private Massenkonsumtion waren hervorstechende Merkmale dieses Fordismus. Damit verbunden waren eine Ausweitung partizipatorischer Möglichkeiten – z.B. der betrieblichen Mitbestimmung – und der Emanzipationschancen. Nicht alle, aber auch nicht wenige Träume der Sozialdemokratie gingen in Erfüllung. Und es war nicht nur, aber doch zuerst den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, sozialistischen Bewegungen und Parteien sowie der Konkurrenz mit dem Staatssozialismus geschuldet, daß Institutionen entstanden, die den Interessen der Arbeiterschaft Geltung verschaffen konnten und das Prinzip des Kapitals partiell durch das Prinzip sozialer Partizipation ergänzten. Der Wohlstand wurde allerdings mit der Unterdrückung und Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt und der zunehmenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Gattung Mensch bezahlt. Aber auch hier gab es Entwicklungen. Das Kolonialzeitalter wurde überwunden. Die Verelendung und die Ausbeutung der Dritten Welt findet heute über bilaterale und internationale politische und ökonomische Abhängigkeit statt. Die Ökologie wurde politisches Thema und fand Einzug in gesellschaftliche Bewußtheit.

Wenn die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft nun bröckeln und zerfallen, so

nicht, weil schnell steigende Löhne, wachsende staatliche Umverteilungen, eine keynesianische Ausgabenpolitik und staatliche Steuerung über Großorganisationen schon immer falsch waren. Die Grenzen des alten Modells sind in hohem Maße die Folgen seines Erfolgs. Die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft ist das Ergebnis eines Wachstumstyps, der nur solange funktionierte, wie immer neue Bereiche des menschlichen Lebens in Erwerbsarbeit umgewandelt, wirtschaftlich durchorganisiert und rationalisiert werden konnten, bis schließlich immer weniger gesellschaftliche Arbeit notwendig war, um alle benötigten Konsum- und Investitionsgüter zu erzeugen. Der so entstandene Reichtum an freier Zeit aber kann in einer fordistischen Arbeitsgesellschaft nur verwendet werden, um noch mehr zu produzieren und noch mehr zu konsumieren, und er wird investiert, um noch mehr lebendige Arbeit einzusparen. Dies kann nicht schrankenlos fortgesetzt werden. Die ökologischen Probleme dieses Wachstumstyps und die Zunahme „überflüssiger Arbeit“, finden ihren Ausdruck in wachsenden Diskrepanzen zwischen Kapitalverwertung, Löhnen, Steuern, Sozialabgaben und Transfereinkommen.

Heute ist der Punkt erreicht, an dem es einer Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeit und Leben bedarf. Freigesetzte Arbeit kann nicht vollständig reinvestiert werden, aber sie darf auch nicht überflüssige Zeit, tote Zeit einer scheinbar überflüssig werdenden Unterschicht werden. Ebenso anachronistisch ist es, freigesetzte Zeit in billige und staatlich subventionierte Dienstbotenjobs zu verwandeln. Dies ist der Weg in eine andere, neue Klassengesellschaft – hier die Hochverdiener: viel Arbeit, viel Einkommen, keine Lebenszeit – dort die Niedrigverdiener, die als Dienstboten die Kinder der Hochverdiener aufziehen, deren Haus und Garten warten und für die rasche Abwicklung aller unprofitablen Lebensstadien sorgen. Diese neue Klassenspaltung wäre anti-modern und anachronistisch.

Anstatt auf die Errungenschaften des sozialdemokratischen Zeitalters nur herabzusehen, wie es Gerhard Schröder und Tony Blair tun, sollte versucht werden, sie grundlegend gewandelt in neue Gesellschaftsstrukturen einzubringen. Wirkliche Modernisierung ist nicht Abbau und Deregulation sozialer Institutionen, sondern die Suche nach einem neuen Entwicklungspfad, und die Entscheidung für eine alternative Reformpolitik, die den Zusammenhang von wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und individueller Entwicklung herstellt.

3. Die Ära neoliberaler Zerstörung des Nachkriegssystems sollte nicht nur durch eine sozialdemokratische Episode der Schadensbegrenzung unterbrochen, sondern durch eine Epoche moderner sozialistischer Politik abgelöst werden.

Mit einer Kette aggressiver Reformen hat der Neoliberalismus in den letzten zwanzig Jahren den Abriß des fordistischen Wohlfahrtskapitalismus begonnen. Dies geschah in einer Weise, die vor allem im Interesse der transnationalen Unternehmen und internationalen Finanzmärkte, der globalen ökonomischen, politischen und kulturellen Oberklassen lag. Die Suche nach einer neuen, zukunftsfähigen Art der Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialem Fort-

schritt ist kein relevanter Bestandteil des neoliberalen Reformprogramms. Das entstandene System ist deshalb extrem ungerecht, instabil und bedroht Frieden, Umwelt und den sozialen Zusammenhalt.

In Deutschland wurden die neoliberalen Reformen bislang nur partiell durchgesetzt. Wichtige Strukturelemente des sozialdemokratischen Zeitalters blieben bisher erhalten. Diese können einerseits Reformen dadurch erschweren, daß berechnete soziale Interessen noch in Formen vertreten werden, die der Vergangenheit angehören. Sie können andererseits Reformen aber auch erleichtern, weil die Möglichkeit besteht, vorhandene sozialstaatliche und korporatistische Institutionen für die neuen Aufgaben umzubauen.

Die Sozialdemokratie der neuen Mitte oder des dritten Wegs macht den Versuch, den neoliberalen Ansatz aufzunehmen und partiell zu korrigieren. Sie versucht, den Staat wieder stärker ins Spiel zu bringen, nicht als fordistischen Umverteilungsstaat, sondern als „aktivierenden“ Staat. Er soll einerseits Marktmechanismen und Wettbewerbsformen etablieren, fördern und moderieren, die im Sinne des Neoliberalismus die Wettbewerbspositionen von Nationalstaaten oder Großregionen im globalen Konkurrenzkampf verbessern, und andererseits (anders als im Neoliberalismus à la Thatcher gedacht) einen minimalen sozialen Grundkonsens im Innern gewährleisten, indem Aushandlungsprozesse der Kontrahenten gefördert werden (z.B. im Bündnis für Arbeit).

Die Tatsache, daß in vielen europäischen Ländern sozialdemokratische Regierungen an der Macht sind, beweist, daß die Bevölkerung Korrekturen am neoliberalen Reformkonzept verlangte. Die Niederlage gerade der deutschen und britischen Sozialdemokratie bei den Europawahlen bezeugt jedoch, daß ihre bisherige Politik auf keine stabile Unterstützung rechnen kann. Zum einen zeigt sie sich nicht in der Lage, die neuen Chancen offensiv zu nutzen. Zum anderen hat sie nicht bewiesen, daß sie den sozialen Bedrohungen wirksam entgegentreten will und kann. So scheint sie gleichermaßen hinter den Neoliberalismus und die alte Sozialdemokratie zurückzufallen und enttäuscht die, die auf neue Chancen setzen, ebenso wie jene, die bedroht sind.

4. Wer die neuen Chancen nutzen will, muß sie zu Chancen für alle werden lassen. Wer den neuen Bedrohungen begegnen will, darf nicht zulassen, daß sie sich gegen jene richten, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Dazu bedarf es eines neuen Gesellschaftsvertrages.

Soziale Gerechtigkeit ist die soziale Grundbedingung für eine dauerhafte, wirklich moderne Politik. Sie darf nicht auf individuelle Fairneß reduziert, die sozialen Grundlagen individueller Leistung dürfen nicht ignoriert werden. Der demokratische Sozialismus setzt deshalb auf einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Grundelemente dieses Vertrages sind

- eine Politik, die sich glaubwürdig der Aufgabe stellt, die neuen Chancen solidarisch in Chancen der freieren Entwicklung aller zu verwandeln;
- der Übergang zu einer Entwicklungsweise, die eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum durch eine neue Arbeits- und Lebens-

weise sichert und ökologisch nachhaltig ist;

- die Überwindung aller Hemmnisse, die der Selbstbestimmung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter entgegenstehen;
- Vollbeschäftigung durch den Aufbau neuer Felder für eine nachhaltige, ökologischen und sozialen Kriterien genügende Wirtschaftsentwicklung, Verkürzung, Flexibilisierung und inhaltliche Anreicherung der Erwerbsarbeit und ihre Verbindung mit der Möglichkeit zu freiwilliger schöpferischer Eigenarbeit;
- ein Sozialsystem, dessen Kosten solidarisch getragen werden und dessen Ziele Grundsicherung einer und eines jeden und aktive Beteiligung aller an den neuen Chancen sind;
- eine Politik der Sanierung der öffentlichen Finanzen, die zugleich den Weg für eine gerechtere Sozialordnung und neue Entwicklung öffnet.

5. Modernisierung von Politik ist mehr als Anpassung an neue Bedingungen und Unterstützung der Wirtschaft. Politik soll vor allem bewußte Gestaltung sozialer Verhältnisse sein. Dazu bedarf es organisierter Gegenmächte.

Der Neoliberalismus hat die Politik der Nationalstaaten und der internationalen Organisationen in Vollzugsorganen transnationaler Unternehmen und internationaler Finanzmärkte verwandelt, denen der Rahmen keynesianischer Wirtschaftssteuerung zu einer Fessel geworden ist. Die neue Sozialdemokratie will die Förderung der Wirtschaft und die Schaffung von Rahmenbedingungen, „unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist“ (Schröder/Blair).

Dem „einwandfreien Funktionieren“ von hochgradig vermachteten Weltmärkten ist soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit fremd. Von der Verbesserung der Angebotsstärke der gegenwärtigen Hauptakteure dieser Märkte den Zugang zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu erwarten, ist daher entweder weltfremd oder bewußte ideologische Täuschung. Ohne starke, sozial und ökologisch ausgerichtete gesellschaftliche Kräfte und eine entsprechende globale und regionale Regulierung ist Umsteuern unmöglich.

Für einen demokratischen Sozialismus kann Modernisierung von Politik nicht darin bestehen, in noch effizienterer Weise der Wirtschaft als Magd zu dienen und deren nichtverwertbaren „Abfall“ etwas sozialer zu entsorgen. Und es reicht auch nicht, die Verwertungsmöglichkeiten der Arbeitskraft durch Ausbildung zu verbessern. Modernisierung von Politik bedeutet zunächst einmal Wiedergewinnung von Politik als bewußte Gestaltung von sozialen Verhältnissen, die den Kräften des Marktes und der ganzen Gesellschaft wirksam eine Orientierung auf das Gemeinwohl gibt.

Eine Politik des Dialogs und ein Europäischer Beschäftigungspakt sind notwendig. Sie sind aber nur sinnvoll, wenn sie für jene, die heute arbeitslos oder in unterbezahlten Beschäftigungen sind, neue Chancen eröffnen. Die Orientierung am Gemeinwohl hat zur Bedingung, daß jene, die schon jetzt benachteiligt sind, dabei gewinnen. Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten am gesellschaftlichen Reichtum erhöht und das kleine und mittlere Unternehmertum real gefördert und deren fast vollständige Abhängigkeit von Banken und großen Konzernen wenigstens deutlich re-

duziert werden.

Die Macht der Politik hängt wesentlich von den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft und vor allem in der Wirtschaft ab. So wie im politischen System die Gewaltenteilung eine Bedingung für Demokratie ist, so ist die Teilung von ökonomischer Macht Bedingung einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung. Eine gemeinwohlorientierte Entwicklung kann nur aus der Institutionalisierung ökologischer und sozialer Gegenmächte gegenüber der Macht bloßer Kapitalverwertung und der verkürzt verstandenen reinen Lohn- und Konsummaximierung erfolgen.

Wer machtlos ist, hat keine Verhandlungsmacht und ist kein Partner. Die Allmacht des organisierten Kapitals zieht die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft zwangsläufig nach sich. Die sogenannten Sachzwänge sind vor allem Zwänge, die sich aus der Übermacht der einen und der relativen Machtlosigkeit der anderen ergeben. Ohne die Veränderung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft wird aus einem „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ ein Zwangsvertrag zur Meistbegünstigung von Großunternehmen werden, mit Sozialabbau aber auch einigen sozialen Zugeständnissen, die eher im „Gnadenweg“ gewährt werden.

Die Sozialdemokratie hat seit Jahrzehnten darauf verzichtet, Bürgerinnen und Bürger darauf vorzubereiten, daß Entwicklungsblockaden nicht anders als durch ihr eigenes Handeln zur Veränderung der Machtverhältnisse aufgebrochen werden können. Der Aufruf von Gerhard Schröder und Tony Blair für einen Dritten Weg und die Neue Mitte ist nicht zufällig ein Appell an die Regierungen und nicht an die Völker Europas.

Aufbruch zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit beginnt mit dem Erkennen der eigenen Interessen von Betroffenen, beruht auf dem Engagement von Bürgerinitiativen, von Projektträgern, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Expertengruppen und kommunalen Akteuren für einen derartigen Wandel. Eine moderne Linke muß zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und Interessenvertretung fördern, zu ihrer Vernetzung beitragen und ihre Angebote auf der Suche nach einem neuen Entwicklungspfad politisch aufgreifen. Staat und Recht gewinnen gerade in dem Maße an Bedeutung, in dem sie ordnend solche Entwicklungen ermöglichen und fördern.

6. Die Verbindung von ökologischem Umbau, Modernisierung der Arbeitsgesellschaft und Begründung einer vielgestaltigen und reichhaltigen Lebensweise könnte einen nachhaltigen Entwicklungstyp schaffen, der die Schranken des fordistischen Kapitalismus überwindet, umweltverträglich wird und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine freiere Entwicklung aller ermöglicht.

Es geht um einen neuen Entwicklungsweg, der den sozial gebändigten Kapitalismus der Nachkriegszeit ablöst.

Technologisch sind die Gesellschaften heute in der Lage, alle Menschen der Erde mit einem geringen Aufwand an Arbeitskraft zu versorgen. Diese Entwicklung hat aber nicht dazu geführt, daß alle weniger arbeiten. Ein wachsender Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung hat keine be-

zahlte Arbeit, der andere Teil arbeitet immer mehr, verdient zum Teil auch mehr, muß aber über die steigenden Steuern und Sozialabgaben für die „überflüssig“ gemachten Bevölkerungsteile mit aufkommen. Diese Art der Produktivitätsentwicklung und des Wachstums bedeutet, daß zunehmend die soziale Integration zerstört wird und die Lebenswelten der Menschen veröden - derjenigen ohne Arbeit wie derjenigen, denen in der Leistungskonkurrenz die Zeit und die Fähigkeit für reichhaltige menschliche Beziehungen und Genüsse abhanden kommen.

Der enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität entsprach keine äquivalente Entwicklung der Effektivität im Umgang mit Ressourcen und Produktionsfaktoren. Insbesondere die Ausbeutung von Naturressourcen ist enorm gewachsen, ohne daß die Effizienz ihrer Nutzung in vergleichbarem Maße gestiegen wäre. Eine solche Entwicklung untergräbt nicht nur die Bedingungen künftiger Produktion und Konsumtion auf katastrophale Weise, sie zerstört die menschlichen Lebenswelten, deren Grundlage die Natur ist.

Es ist möglich und erforderlich, einen neuen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung einzuschlagen und einen mit der Umwelt und den menschlichen Bedürfnissen vereinbaren Entwicklungstyp zu finden. Auf der Tagesordnung steht ein sozialökologischer Umbau, der auch als globale Revolution (Club of Rome) bezeichnet werden kann und das 21. Jahrhundert prägen muß. Drei Aspekte dieses Umbaus seien besonders hervorgehoben:

(1) der Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit und die damit verbundene und möglich werdende Umorientierung der Produktion von der Produktion materieller Güter hin zur Erzeugung wirklich menschlichen Reichtums - „die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen“ (Karl Marx);

(2) eine globale Offensive zur Überwindung von Armut, Hunger und Unterentwicklung und

(3) ein Aufbruch, der die Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Medien und Kultur durchsetzt. Eine moderne Linke reduziert die Überwindung patriarchaler Macht jedoch nicht auf Gleichstellungspolitik. Sie sieht die emanzipatorischen Kämpfe der Frauen als eine der großen Bewegungen für gesellschaftlichen Wandel an.

Es steht nicht weniger als der Umbau der Weltgesellschaft selbst auf der Tagesordnung. Das Aufbrechen von Herrschaftsstrukturen betrifft die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über die Gesellschaft, das zerstörerische Herrschaftsstreben der Gesellschaft über die irdische Natur, die Herrschaft des „Nordens“ über den „Süden“ und die Herrschaft von Männern über Frauen.

Das gesamte System von Produktion, Dienstleistungen, Wohnen, Verkehr und Lebensweise, wie es im 20. Jahrhundert entstanden ist, muß umgebaut werden. Die Effektivität des Einsatzes von Naturressourcen und die Fähigkeit, damit „produktiv“ umzugehen, müssen in den nächsten zwanzig Jahren auf ein Mehrfaches steigen. Es sind dies die völlig unterentwickelten Märkte der Zukunft. Dazu werden Arbeit, Kapital und vor allem Wissen gebraucht. Der ökologische und soziale Umbau wird umfangreiche Innovations- und Investitionsprozesse in Gang setzen und

kann schon mittelfristig zu einem Nettozuwachs an Arbeitsplätzen führen.

Damit dies erreicht wird, ist ein neuer Rahmen für Märkte unverzichtbar. Er muß u. a. die der Gesellschaft aufgebürdeten Folgekosten des Wirtschaftens, die bisher in den betriebswirtschaftlichen Kosten nicht erscheinen, durch Ökosteuern - die tatsächlich ökologisch regulieren -, Zertifikate und Abgaberegeln in die Preise hineinholen. Struktur- und Regionalpolitik können zu wünschenswerten Entwicklungen beitragen. Die neue Wirtschaft wird auf einer Globalisierung des Informationsaustauschs, weitgehender Regionalisierung der Stoff- und Energiekreisläufe und Kommunalisierung vieler personenbezogener Dienstleistungen beruhen. Dies ermöglicht die Ausschöpfung des regionalen Arbeitsvermögens und die Herstellung umweltfreundlicher Wirtschaftskreisläufe. Die notwendige Effizienzrevolution im Umgang mit Naturressourcen erfordert entsprechende Neuorientierungen der Forschungs- und Technologiepolitik auf nachhaltige Entwicklung.

Sozialökologische Nachhaltigkeit und Modernisierung der Arbeitsgesellschaft bedeuten Erwerbsarbeit und Verkürzung der Lebensarbeitszeit in differenzierten und flexiblen Formen für alle. Eine moderne Arbeitsgesellschaft muß auch eine neue Verbindung von Erwerbsarbeit und schöpferischer gemeinschaftlicher und individueller Eigenarbeit ermöglichen. Die Erschließung reichhaltiger und sinnerfüllter Felder für Gemeinschafts- und Eigenarbeit kann bei der ökologischen Umgestaltung der Lebenswelten beginnen, muß die Rückgewinnung der Gestaltungshoheit über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten in den Kommunen und Regionen umfassen und wird in die Entwicklung einer Vielzahl sozialer und kultureller Projekte münden. Der Ausbau der Möglichkeit zu freiwilliger gemeinschaftlicher und individueller Eigenarbeit ist die Alternative zur weiteren Verwirtschaftung und Kommerzialisierung der sozialen Beziehungen und zur weiteren Reduktion des Lebens auf materiellen Konsum.

Kreativität und Engagement müssen nicht länger auf individuellen Aufstieg im Erwerbsleben, hohe Einkommen und exklusiven Konsum von wenigen beschränkt bleiben. Alle sollen an Erwerbsarbeit und Eigenarbeit nach dem Maß ihrer Fähigkeiten und ihrer Bedürfnisse partizipieren, Sinn für die Verbindung von Arbeit, Leben und Genuß entwickeln und Erfüllung finden.

7. Die Ausweitung eines Niedriglohnssektors spaltet die Gesellschaft dauerhaft. Erschließung neuer Felder nachhaltiger Entwicklung, Verkürzung, Flexibilisierung und inhaltliche Anreicherung der Erwerbsarbeit, eine neue Kombination der bezahlten Erwerbsarbeit mit schöpferischer Eigenarbeit stellen die Alternative dar.

Weltmarktorientiertes Wachstum und Senkung der Lohnnebenkosten werden das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht lösen. Die traditionelle Arbeitsmarktpolitik greift zu kurz und die Schaffung eines Niedriglohnssektors polarisiert die Gesellschaft und subventioniert auf falsche Weise Unternehmen. Ohne die Schaffung völlig neuer Gebiete für Erwerbsarbeit und ohne eine Neuverteilung von Erwerbsarbeit wird die Gesellschaft dauerhaft in Hochverdienende, deren Dienstboten und Erwerbslose gespalten.

Die Krise der Erwerbsarbeit ist lösbar. Eine moderne sozialistische Politik muß die Suche nach solchen Wegen unterstützen, die ihrem Ziel - freie Entwicklung einer und eines jeden - am ehesten entsprechen. Drei Wege seien genannt:

- Die Zukunft der Arbeit liegt erstens im ökologischen Umbau der Produktion und der produktionsbezogenen Dienstleistungen sowie in der Ersetzung umweltbelastender Güter und Technologien durch umweltverträgliche. Zweitens verlangt sie - wenn nur zwanzig Prozent der Erwerbsfähigen unter den Bedingungen der heutigen Produktivität die nötigen stofflichen Güter für die gesamte Gesellschaft bereitstellen könnten - die entschiedene Ausweitung von sozialen, humanorientierten Dienstleistungen, von Bildung und Weiterbildung, Gesundheit, Erziehung, Pflege, wissenschaftlicher, kultureller und sportlicher Selbstbetätigung, sozialer und psychologischer Betreuung, Lebenshilfe, Unterstützung von Selbsthilfeprojekten, zwischenmenschliche Kommunikation und Umweltschutz. Diese Bereiche sind die unerschöpflichen Felder menschlicher Beschäftigung. Schon heute sind in den westlichen Ländern die Mehrzahl der Menschen außerhalb der materiellen Produktion beschäftigt. Doch die Funktion der Dienstleistungsarbeit sollte nicht auf die Bereitstellung von „Human-kapital“ für Unternehmen reduziert werden. Humanorientierte Dienstleistungen bilden den Kern der Reichtumsproduktion des 21. Jahrhunderts. Die gegenwärtige Freizeitindustrie ist nur der spätfordistische Vorbote, das heutige Internet vielleicht die Frühform einer neuen Wissens- und Kommunikationsgesellschaft, noch verborgen im Mantel des Alten, versteckt unter Werbung und passiver Unterhaltung.

- Strategische Entscheidungen für einen neuen Entwicklungspfad, für zukunftsfähige Beschäftigungsräume sind unabdingbar. Doch sie müssen mit institutionellen Innovationen verbunden werden. Eine Modernisierung der Arbeitsgesellschaft kann sich nicht darauf beschränken, mehr Jobs zu schaffen, sie muß vielmehr Institutionen erfinden, die den neu entstehenden sozialen Strukturen und Lebenslagen entsprechen. Die Modernisierungsprozesse der vergangenen 50 Jahre haben die sozialen Voraussetzungen einer fordistischen Arbeitswelt aufgehoben, die auf dem Modell eines lebenslang vollbeschäftigten männlichen Familienoberhauptes als Normalfall beruhte.

Heute wird die Erwerbsbiographie durch das Neben- und Nacheinander sehr verschiedener Rollen geprägt. Gestern Lehrling, heute selbständig und Teilzeitbeschäftigte bzw. Teilzeitbeschäftigter, morgen arbeitslos und übermorgen vielleicht Unternehmerin bzw. Unternehmer, schließlich Aktienbesitzerin bzw. Aktienbesitzer mit Sozialhilfe usw. Die verschiedenen sozialen Rollen sind nicht mehr eindeutig mit bestimmten sozialen Klassen, Schichten und Gruppen verbunden. Dies bedeutet nicht, daß die soziale Ungleichheit geringer geworden wäre, im Gegenteil, sie wächst. Aber die Zuordnungen sind nicht mehr eindeutig. Es gibt Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte mit relativ hohen Einkommen, reiche Selbstständige, aber auch solche, die über Jahre an der Existenzgrenze leben, pleite gegangene Unternehmerinnen bzw. Unternehmer ohne jede soziale Sicherung, reiche und arme Ärztinnen bzw. Ärzte und Hochschulabsolventinnen bzw. Hochschulabsolventen ohne Ar-

beit und ohne Anspruch auf soziale Sicherungen und solche mit besten materiellen Chancen.

Daraus folgt, daß sowohl bei der Regelung der Erwerbsarbeit als auch bei der Gestaltung sozialer Sicherungssysteme die Fixierung auf das Normalarbeitsverhältnis aufgehoben und der Vielfalt von Erwerbsformen und ihren Kombinationen Rechnung getragen werden muß. Insbesondere die Debatte um die Scheinselbstständigkeit zeigt, daß die alten Kategorien inzwischen anachronistisch geworden sind. Verschiedene Erwerbsformen, Qualifikationszeiten und Eigenarbeit in gemeinschaftlichen Projekten oder im individuellen Lebensbereich müssen flexibel und vielgestaltig kombiniert werden können, ohne daß es dabei zu Einbrüchen bei den Einkommen oder der sozialen Absicherung kommen darf, aber auch ohne daß sich die bzw. der einzelne ihren bzw. seinen solidarischen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft entziehen kann.

- Der Aufbau neuer ökologischer, sozialer und kultureller Felder für Erwerbsarbeit und die Gestaltung neuer Formen von Erwerbstätigkeit und ihrer Kombination sind die Grundvoraussetzungen für eine Modernisierung der Arbeit. Zugleich sollte bei künftig rund 30 Stunden Arbeitszeit in der Woche der Gesamtzyklus der Lebensarbeitszeit von Frauen und Männern verkürzt und Erwerbsarbeit mit sinnvoller freiwilliger gemeinschaftlicher und individueller Eigenarbeit (ohne Erwerbsorientierung) verbunden werden können.

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit muß in vielgestaltigen und flexiblen Formen erfolgen. Hier ist ein Interessenausgleich zwischen abhängig Beschäftigten und Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgebern nötig und möglich. Flexibilität bedeutet, sehr verschiedene Möglichkeiten in der Arbeitszeitpolitik anzuwenden. Die „Wahlarbeitszeit“ könnte ein Modell der Zukunft sein. Es geht um mehr als um Teilzeit, Qualifikationszeiten, Sonntagsjahre, Elternurlaube und flexible Stellvertreterregelungen ohne sozialen Abstieg nach nordeuropäischem Vorbild. Mit einer Alters-Wahlarbeitszeit sollten Möglichkeiten geschaffen werden, gleitend in den Ruhestand zu wechseln. Für Menschen ab 55 Jahre sollte ein Rechtsanspruch auf Alters-Wahlarbeitszeit eingeführt werden. Bei Flexibilisierung sollte in erster Linie an Zeitsouveränität der Beschäftigten gedacht werden.

Diese Chance zu mehr „Reichtum“ im Leben würde nicht genutzt, wenn die einen weiter zu viel und die anderen keine Arbeit hätten. Die wäre aber auch veran, wenn der Weg in eine Dienstbotengesellschaft beschritten würde. Die freigesetzte Arbeitszeit soll der Entwicklung aller zugute kommen.

- Ein hoher Anteil gemeinnütziger Arbeiten am Gesamtarbeitsvolumen der Gesellschaft und die Spezifik vieler humanorientierter Dienstleistungen laufen einer Unterordnung unter den Maßstab der Kapitalrentabilität zuwider. Deshalb gilt es herauszufinden, welches die Formen dieser Arbeiten sein könnten.

Teils werden sie weiter als öffentliche Arbeiten zu leisten sein, allerdings in größerer Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern. Zugleich sollte der Non-Profit-Sektor bzw. der Dritte Sektor zwischen Privatwirtschaft und Staat ausgebaut werden, der von autonomen Wirtschaftssubjekten getragen wird, statt den Niedriglohnssektor auszuweiten. Öffentliche Trägerschaften, die kom-

munal kontrolliert werden, könnten neue sozio-kulturelle und ökologisch orientierte Projekte ausschreiben, die teils durch öffentliche Zuschüsse und teils durch Gebühren und Preise finanziert werden. Die Unternehmen, die bei diesen Ausschreibungen ausgewählt werden, müßten bestimmten arbeitsmarktpolitischen, sozialen, ökologischen und kommunalpolitischen Kriterien genügen. Sie sollten durch Struktur- und Unternehmenspolitik zur Entstehung relativ stabiler regionaler ökonomischer Netzwerke beitragen. Hier ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor anzusiedeln. Eine weitere Möglichkeit wäre, daß individuelles Einkommen aus der Kombination von sozialer Grundsicherung und einem Zuschlag für die Übernahme sozial sinnvoller Aufgaben entsteht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit kombiniert mit einer Grundsicherung für erwerbsarbeitsfreie Zeiten sollte es der und dem einzelnen ermöglichen, im Wechsel oder parallel zur Erwerbsarbeit Zeit für die eigene Qualifikation oder bzw. und für die Mitarbeit an gemeinnützigen Projekten kultureller, ökologischer, sozialer, wissenschaftlicher oder pädagogischer Natur zu finden.

8. Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Reichtum wird nicht zuerst und fast ausschließlich mehr privaten Konsum bedeuten, sondern zu höherer Lebensqualität für Frauen und Männer führen.

Der Ausstieg aus einer Konsumtionsweise, die Genuß auf Massenkonsum reduziert und schließlich zu einer Verschlechterung der Lebensqualität und einer Verödung der Lebensweise führt, bedeutet nicht, die positiven Seiten der fordistischen Konsumgesellschaft zu vergessen. Es geht nicht um Verzicht, sondern um eine andere Nutzung des materiellen Reichtums, der Mobilität, des Raumes und der Warenwelt. Die Gegenstände des Konsums sind dann Gegenstand des Genusses und der Befriedigung, wenn sie die Vielfalt genußvollen Verhaltens und den Reichtum menschlicher Beziehungen vermitteln. Dazu bedarf es freier Zeit und selbstbestimmter Eigenarbeit. Das bedeutet nicht die Reduzierung der Kaufkraft und damit der Nachfrage, deren Erhöhung darf aber nicht die einzige undifferenzierte Alternative zur einseitigen Angebotspolitik sein. Die Tarifverhandlungen im nächsten Jahrhundert sollten deshalb auch dafür genutzt werden, Produktivitätssteigerung zur Steigerung der beschriebenen Lebensqualität zu nutzen.

Der eigene Körper, die Erziehung der Kinder, die Gestaltung von Lebensumwelt, Wohnung, Haus und Garten, Essen und Trinken, kommunale Angelegenheiten, Leben mit der Natur und deren Erhaltung sind keine zu verwirtschaftenden Zwänge, keine zu minimierenden Aufwendungen, von denen man sich durch Dienstboten oder Dienstleister befreien muß. Sie sind die Lebenswelt, aus der Genuß und Befriedigung mindestens ebenso folgen, wie aus der Erwerbsarbeit und der Karriere. Die Kämpfe der Zukunft werden in starkem Maße Kämpfe um eine neue Lebensweise sein. Die Neuverteilung der Lebenschancen ist eine Grundbedingung zur Bewahrung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie.

Eine erhebliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist eine Grundbedingung dafür, daß Männer und Frauen gleichberechtigt an Erwerbs- und Eigenarbeit teilnehmen können. Dies

schaftt auch neue Möglichkeiten für die reale Teilhabe von Frauen an der Erneuerung von Demokratie. Die wirkliche Gleichstellung verlangt, daß es nicht zu Sektoren mit deutlicher Unterbezahlung kommt, bei denen Frauen oder auch Männer finanziell an ihre Partner gefesselt werden. Eine kooperativere Arbeitswelt, eine neue Beschäftigungspolitik und die stärker selbstbestimmte Verbindung mit Phasen freiwilliger Eigenarbeit für alle ermöglicht es, den Mißbrauch des durch die patriarchale Sozialisierung entwickelten spezifisch weiblichen Arbeitsvermögens (zwischenmenschliche Solidarität und Fürsorgebereitschaft, soziale Sensibilität, Kompromißorientierung) in zumeist schlecht bezahlten Dienstleistungsbereichen zu überwinden und solche Verhaltensorientierung allgemeiner auszuprägen.

Hier wie auf den anderen Feldern kommt der Stärke und Entwicklung der Gewerkschaften eine zentrale Bedeutung zu.

9. Eine neue Entwicklungsweise bedarf einer veränderten wirtschaftlichen Regulation und institutioneller Reformen, ohne die neue Trends eines sozialen und ökologischen Umbaus nicht gestaltbar sind.

Sozialer und ökologischer Umbau bedeuten eine Veränderung des Verhaltens einer Vielzahl von Akteuren – Individuen, Organisationen, Unternehmen, staatlicher Behörden usw. Jede weitreichende Verhaltensänderung setzt daher eine Reform der Institutionen voraus, die Verhalten strukturieren und regulieren. Dabei geht es nicht um die schlichte Gegenüberstellung – mehr Regulation durch Märkte oder den Staat. Institutionen funktionieren nur so gut, wie sie mit den Verhaltensmöglichkeiten und -mitteln der Akteure korrespondieren. Das im Fordismus entstandene Regulationssystem mit oligopolistisch verfaßten Märkten, Großorganisationen, korporatistischen Aushandlungsprozeduren, detaillierter Bürokratisierung der Wirtschaftstätigkeit, der Umweltnutzung, der Arbeitsordnung etc. entspricht nicht mehr den sozialen Gegebenheiten am Ende des 20. Jahrhunderts. Die traditionelle Regulierung des Weltgeldes und der internationalen Märkte ist zusammengebrochen, ohne daß wirksame neue Institutionen geschaffen wurden.

Deregulierung aber ist keine Lösung, sondern nur ihre durch einseitige marktbeherrschende Kapitalverwertungsinteressen geleitete negative Variante. Ein neuer Entwicklungspfad bedarf daher institutioneller Reformen, vor allem im Bereich der Wirtschaft, der Sozialsysteme und des Steuersystems. Bei der Neuverfassung der Wirtschaftsregulation könnten u. a. folgende Richtungen von Bedeutung sein:

- Im Vordergrund steht die Aufgabe, auf den Weltmärkten Rahmenbedingungen zu schaffen, die vergleichbare Standards im Bereich der politischen und sozialen Menschenrechte, der Ökologie, der Produktqualität und des Verbraucherschutzes durchsetzen. Weltmärkte bedürfen einer Regulierung, die auch den Wirtschaften der weniger entwickelten Länder Chancen sichert. Die Finanzmärkte müssen so reguliert werden, daß produktive Investitionen nicht behindert, Spekulationen aber abgebaut werden. Neben Abkommen über Umwelt- und Sozialstandards scheint eine Regulation des internationalen Kapitalverkehrs am dringendsten. Die Einführung

von Devisenumsatz- (Tobin-) und Kapitalverkehrssteuern, einer öffentlichen Bankenkontrolle und eine engere Bindung von Dollar und Euro sind wesentliche Schritte.

Ohne die Schwierigkeiten einer Re-Regulation der Weltmärkte zu unterschätzen, muß von den sozialdemokratischen Regierungen Europas wesentlich mehr Initiative hierfür erwartet werden. Für die regionalen Vormächte der Weltwirtschaft ist eine Vorreiterrolle geboten. Es ist nicht nur unredlich, wenn reiche Länder mit dem Verweis auf internationale Konkurrenten die Einführung bestimmter Umwelt- und Sozialstandards ablehnen, sondern auch ein Verzicht auf Zukunft.

- Die Institutionen für eine ökologische Regulation der Wirtschaft sind in weiten Teilen erst zu schaffen. Grundvoraussetzung wäre das Prinzip, daß ökologische Ressourcen je nach ihrer Natur und Bedeutung Gemeineigentum der lokalen oder regionalen Gemeinschaften, der Nationen oder der Weltbevölkerung werden, das nicht privatisiert werden kann. Private wirtschaftliche Nutzung solchen Ressourcen kann in periodisch zu bestimmendem Maß gegen den Ersatz der Reproduktionskosten ökologischer Ressourcen erfolgen, also der Kosten für die Erhaltung bzw. Substitution knapper ökologischer Güter und der Investitionskosten für den langfristigen ökologischen Umbau. Geeignete Instrumente könnten neben Ökosteuern, die tatsächlich ökologisch regulieren, auch Zertifikate und Umweltafgaben sein. Sie stellen keine Verzerrung der wirtschaftlichen Gleichgewichte dar, sondern korrigieren die Fehler, die durch die unzureichende Einbeziehung der genannten Kosten in die betriebswirtschaftlichen Rechnungen entstehen.

Ökologischer Umbau heißt aber nicht nur, die Kosten für die Nutzung ökologischer Ressourcen einzutreiben, sondern ebenso, diese Einnahmen in sozial und ökologisch sinnvoller Weise zu verwenden. Erstens ist es notwendig, für Bezieherinnen bzw. Bezieher unterer Einkommen eine Kompensation ihrer zusätzlichen Belastungen zu sichern. Zweitens sollen Unternehmen nicht durch Ausnahmeregelungen teilweise von Ökosteuern befreit werden, da die langfristige Berücksichtigung ökologischer Kosten dringend geboten ist. Dort, wo dies notwendig und sinnvoll ist, soll die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch zeitlich begrenzte Kapitalhilfen gestützt werden, unter anderem für Investitionen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs und zur Entlastung von Naturkreisläufen. Die besondere Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sollte direkt und nicht durch eine systemwidrige Verwendung der Ökosteuern für die Senkung der Sozialbeiträge erfolgen. Drittens muß es den Verbrauchern möglich sein, den durch Ökosteuern entstehenden Belastungen durch umweltgerechtes Verhalten zu begegnen. Dafür sind beispielsweise die Förderung des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs und der Energieeinsparung notwendig. Deshalb ist ein ökologisches Investitionsprogramm, das die aus Öko-Abgaben fließenden Mittel über halböffentliche Kapitalbeteiligungsgesellschaften in effizienzsteigernde und wirtschaftlich sinnvolle ökologische Projekte der Unternehmen und der Kommunen reinvestiert erforderlich. Dadurch würden auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Die öffentliche Wirtschaftsförderung könnte von strukturstärkenden und wettbewerbsverzerrenden Subventionen schrittweise auf Ei-

genkapitalförderung für innovative Investitionen umgestellt werden. Dabei sollte die Förderung nicht durch eine staatliche Behörde geleitet werden, sondern durch demokratisch verfaßte öffentlich wirkende Wirtschaftsfördergesellschaften mit paritätischer Mitbestimmung. Die Wirtschaftsförderung könnte deshalb langfristig in beträchtlichem Maße aus den Staatshaushalten herausgelöst und weitgehend selbsttragend finanziert werden.

- Eine Reihe öffentlicher Dienstleistungen kann durch staatseigene Betriebe in ihrer bisherigen Form offensichtlich nicht effizient gewährleistet werden. Einer Privatisierung stehen aber Gemeinwohlinteressen entgegen. Besonders problematisch sind Lösungen, die kommunale Staatsmonopole durch überregional agierende Großunternehmen mit marktbeherrschenden Positionen ersetzen, die zudem in den regionalen Wirtschaftsstrukturen und damit in den Kommunen vertankelt sind. Auch hier ist nach neuen Wegen zwischen Staats- und Privatwirtschaft zu suchen.

Denkbar sind Kombinationen öffentlich rechtlich verfaßter Trägergesellschaften, die demokratisch kontrolliert werden, partizipatorisch verfaßt sind, aber nicht von einer Staatsbehörde geleitet werden und die mit einer Vielzahl kleiner und mittlerer privater Dienstleistungsunternehmen die entsprechenden Versorgungsaufgaben erfüllen. Hier könnten pluraler Wettbewerb und öffentliche Kontrolle verbunden werden. Solche Überlegungen sind weiterzuführen und zu erproben. In diesem Zusammenhang wäre die Einführung der Rechtsform eines öffentlichen Unternehmens sinnvoll, das vom Staat öffentliche Güter bzw. öffentliche Aufgaben zweckgebunden übertragen bekommt, handelsrechtlich wie ein Wirtschaftsunternehmen im Wettbewerb agiert, nicht oder nur zeitlich befristet subventioniert wird, aber öffentlich kontrolliert werden kann und hinsichtlich der Gewinnverwendung gemeinwohlverpflichtet ist.

- Schließlich ist eine Reform der Betriebsverfassung und der Mitbestimmung erforderlich. Großunternehmen sind hinsichtlich der Wirkungen ihrer Tätigkeit keine Privatsache der Kapitaleigner. Es reicht auch nicht, die Interessen der Belegschaften einzubinden. Geboten wären Aufsichtsgremien mit Drittelparität. Die Vertretung derjenigen öffentlichen Interessen, die durch die Tätigkeit des jeweiligen Unternehmens betroffen sind, könnte über eine Öffentlichkeitsbank wahrgenommen werden. Repräsentanten dieser Öffentlichkeitsbank sollten nicht in erster Linie Vertreter staatliche Behörden, sondern gewählte Vertreter öffentlicher Nichtregierungsorganisationen sein.

10. Die Modernisierung des Sozialsystems verlangt die Beteiligung der meisten an seiner Finanzierung und die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, die Entlastung der solidarisch finanzierten Versicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen, für die Bezieherinnen bzw. Bezieher hoher Einkommen eine Begrenzung der Anspruchsberechtigung und Zahlungspflicht, mehr Effizienz im Einsatz der Mittel und die demokratische Selbstverwaltung beim Umgang mit ihnen sowie die Vereinheitlichung der gesetzlichen Kassen.

Ein zweites Feld institutioneller Reformen der

Regulation ist der Sozialstaat. Die Sozialhilfe und die im Fordismus ausgebauten und dynamisierten Sozialsysteme - Kranken- und Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung - sind seit längerer Zeit Gegenstand hitziger Debatten und bislang unzureichender Reformversuche. Die jetzt von der deutschen Bundesregierung eingeleitete Reform des Gesundheitswesens und der Rentenversicherung hat einige richtige Ansatzpunkte - insbesondere die Einführung einer Grundsicherung - vor allem aber problematische Züge.

Modern wären Reformen der Sozialsysteme, die den im 20. Jahrhunderts entstandenen neuen Sozialstrukturen entsprechen und den Übergang auf einen neuen, ökologischen Entwicklungspfad und eine neue Verbindung von Wirtschaft und Lebensweise unterstützen. Dies verlangt vor allem zwei große Schritte - die Generalisierung der Sozialversicherung und die Einführung einer Grundsicherung. Es soll künftig nur noch eine gesetzliche Grund- und Krankenversicherung geben.

- In einer Zeit gravierender Umbrüche und sozialer Entsicherung ist die Einführung einer neuen und zugleich ersetzenden Säule der sozialen Sicherungssysteme, die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung dringlich. Die traditionelle Reduzierung der sozialen Sicherung für Lohnarbeit und abhängige Beschäftigung muß aufgehoben werden, die Differenzierungen in Beamtenversorgung, Angestellten- und Arbeitnehmerversicherung sind unzeitgemäß. Notwendig ist ein Sozialversicherungssystem, das alle Bevölkerungsteile vor Risiken sichert und eine bedarfsorientierte soziale Grundversorgung bereitstellt. Im Gegenzug sollten auch die meisten Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden. Nicht nur Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer, auch Unternehmerinnen bzw. Unternehmer, Freiberuflerinnen bzw. Freiberufler und Selbständige können auf soziale Sicherung angewiesen sein. Vor allem entspricht ein Rentensystem, das zur vollen Rente eine lebenslange Vollbeschäftigung voraussetzt, nicht mehr einer Gesellschaft, in der der Wechsel sozialer Rollen und Einkommensarten im Lebenslauf zunimmt. Eine Kontinuität der Absicherung und eine Stabilisierung der Beiträge braucht die Heranziehung fast aller Einkommensarten und den solidarischen Beitrag der Unternehmen, künftig aber auf der Basis ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

- Eine soziale Grundsicherung muß ein menschenwürdiges Leben gewährleisten. Es reicht nicht, die materielle Existenz zu sichern, die Grundsicherung darf nicht als sanfte „Entsorgung“ von Menschen verstanden bzw. mißbraucht werden, sie muß Chancen und Anreize zum Einstieg und zum Aufstieg in eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, zu Qualifikation und zur Teilnahme am Erwerbsleben als Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer, Selbständige bzw. Selbständiger, Existenzgründerin bzw. Existenzgründer eröffnen.

- Eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muß es im Bedarfsfall für jede und jeden geben. Die gesetzliche, regelmäßig zu dynamisierende, soziale Grundsicherung braucht keine vollständige Absicherung des im Erwerbsleben erreichten hohen Lebensstandards für Bezieherinnen und Bezieher höherer und hoher Einkommen zu sein. Dafür können diese privat aufkom-

men. Der Anspruch entsteht grundsätzlich durch Beiträge aber nur bis zu einer Obergrenze, die etwa beim Doppelten der Mindestgrundsicherung liegen könnte. Beitragspflichtig sollen außer Erwerbsunfähigen, Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung (einschließlich Rentnerinnen und Rentner) und Kindern bis zum Abschluß der Ausbildung ausnahmslos alle sein, unabhängig von der Art ihres Einkommens. Dadurch würden die für den Solidarausgleich notwendigen Mittel ohne Erhöhung der Beitragssätze zu sichern sein. Mehrverdienende zahlen in das solidarisch finanzierte Versicherungssystem bis zu einer bestimmten Obergrenze ein. Für das darüber hinaus erzielte Einkommen besteht keine Beitragspflicht, im Versicherungsfall insoweit aber auch kein Anspruch. Oberhalb der Versorgungsgrenze können die Mehrverdiener selbst vorsorgen. Neben privaten Versicherungen können hierfür auch Betriebsrenten, kollektive Sozialkassen gemeinwirtschaftliche Versicherer u.ä. in Anspruch genommen werden. Die Einkommen daraus sind ebenfalls von Beiträgen zur gesetzlichen Grundversicherung befreit. Die Sozialhilfe, die Arbeitslosenhilfe, die Arbeitslosenunterstützung und die gesetzliche Rente könnten über einen längeren Zeitraum in ihrer bisherigen Form auslaufen. Gewährungsverfahren könnten vom Aufwand her auf ein Minimum reduziert werden. Demütigende Kontrollverfahren entfallen, denn Einkommen von Angehörigen, Sparguthaben etc. blieben unberücksichtigt. Die gesetzliche Grundversicherung würde also die heutige gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung ersetzen. Da die Kranken- und Pflegeversicherung ebenfalls vereinheitlicht werden könnten, blieben nur noch zwei gesetzliche Versicherungen für die Bezieherinnen und Bezieher von Einkommen.

Das Beitragsmodell ist steuerfinanzierten Modellen (z.B. staatliche Grundrente) vorzuziehen, weil letztere politisch willkürlich geändert werden könnten. Das Beitragsmodell ist dagegen durch einen quasiaigentumsrechtlichen Anspruch gesichert.

- Für Kinder bis zum 18. Lebensjahr wird als Grundsicherung ein existenzsicherndes altersabhängiges Kindergeld gezahlt. Ab dem 18. Lebensjahr haben sie unabhängig vom Einkommen der Eltern im Bedarfsfall einen Anspruch auf die Mindestgrundsicherung. Das gilt auch für Studierende und ersetzt das bisherige Bafög.

- Die Unternehmen sollen solidarisch zur Finanzierung der gesetzlichen Versicherungen herangezogen werden, aber ihr Beitrag soll nicht mehr nach den Bruttolohnkosten, sondern nach ihrer Wertschöpfung berechnet werden. Waren bisher jene Unternehmen mit einem relativ hohen Anteil von Arbeitskosten an den Gesamtkosten und mit mehr Beschäftigten bei vergleichbarem Umsatz benachteiligt, so würde eine solche Veränderung zu einer gerechteren und funktionaleren Verteilung der Kosten führen.

Die Entlastung der sozialen Sicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen und eine höhere Effizienz in der Nutzung der Sozialkassen ist sofort möglich. Leistungen, für die keine Beiträge abgeführt wurden bzw. werden, sind aus Steuermitteln zu finanzieren, gegebenenfalls über die Versicherung. Die Vereinheitlichung der gesetzlichen Kassen erhöht die Effizienz, beseitigt Ungleichbehandlungen, ermöglicht eine Vereinfachung des Rechts und baut Bürokratie ab.

Die Selbstverwaltung der Kassen ist auszubauen und transparent zu gestalten.

11. Das Steuersystem muß grundlegend modernisiert, vereinfacht und durchschaubarer gestaltet sowie an Steuergerechtigkeit orientiert werden: Entlastung geringer Einkommen, Mehrbelastung von großen Privatvermögen und nicht produktiv investierten Gewinnen und aus Finanzanlagen. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen kann so erfolgen, daß dabei der Weg in eine gerechtere Sozialordnung und nachhaltige Entwicklung eröffnet wird.

Eine grundlegende Reform des Steuer- und Abgabensystems ist dringend geboten. Das Vorhaben der Sozialdemokratie, die Besteuerungsbasis durch Abbau von Ausnahmen, Subventionen und Steuerbefreiungen zu verbreitern und die Steuersätze im Gegenzug zu senken, ist zunächst einmal richtig. Das absolute Steueraufkommen der Unternehmen in Deutschland ist jedoch nicht zu hoch, sondern die Steuerlast zwischen den Unternehmen, Eigentümerinnen bzw. Eigentümern großer Vermögen und Lohnabhängigen ist wirtschaftlich falsch und sozial ungerecht verteilt.

Die sozialdemokratischen Ansätze reichen für eine wirkliche Reform des Steuerrechts nicht aus. Die Vorstellung ist illusionär, Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen, die Steuer- und Abgabenbelastung der gesellschaftlichen Mitte, die Besteuerung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der finanziell Schwachen zugleich senken und dennoch finanzpolitische Spielräume für eine Steuerungsfähigkeit des Staates gewinnen zu können.

Das Kernproblem ist, daß die Grundverfassung des deutschen Steuerrechts den sozialen Gegebenheiten am Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr entspricht. Eine fällige Modernisierung muß eine vernünftige Unterscheidung zwischen privaten Haushalten und Unternehmen auch für Nichtkapitalgesellschaften einführen, die den Transfer von Einlagen und Einkommen zwischen Unternehmen und privaten Haushalten gerecht besteuert. Die Trennung von privatem Haushalt und Betrieb muß in der Gestaltung des Handels-, Unternehmens-, Steuer- und Sozialrechts ihren adäquaten Ausdruck finden. Im Unternehmen verbleibende Gewinne und Investitionen sollen anders behandelt und wesentlich niedriger besteuert werden als in den privaten Haushalt transferierte höheren Einkommen. Wertzuwachs von Unternehmen, solange die Einlage im Unternehmen verbleibt, soll nicht zu hoch besteuert werden, im Gegenzug wäre aber auch Schluß mit Abschreibungsmodellen für fiktive Einlagen zu machen, die nur der Ersparnis von Steuern auf private Haushaltseinkommen dienen.

Die verschiedenen Unternehmensformen einerseits und die verschiedenen Einkommensarten der privaten Haushalte andererseits sollten jeweils vergleichbar besteuert werden. Vor allem muß die Besteuerung für Gewinne aus und der Transfer in Finanzanlagen grundlegend neu geregelt werden. Prinzip sollte auch hier sein, daß Einlagen und reinvestierte Gewinne niedriger, in private Haushalte transferierte Gewinne hingegen höher besteuert werden. Unter dieser Voraussetzung ist eine Vermögenssteuer vor allem für nicht produktiv investierte Vermögen realisierbar. In erster Linie ist aber zu sichern, daß Gewinne, die zur Spekulation eingesetzt werden

oder aus ihr resultieren, wesentlich höher besteuert werden müssen als Gewinne, die in oder aus Produktion und Dienstleistungen fließen. Anders ist der Trend weg von Unternehmern hin zu Spekulanten nicht zu stoppen. Nur wenn sich Gewinne aus Produktion und Dienstleistung mehr lohnen als Gewinne aus Spekulationen gibt es eine reelle Chance, Arbeitsplätze zu schaffen und den gefährlich unkontrollierten internationalen Geldtransfer einzudämmen und beherrschbar zu gestalten.

Das Erbschaftssteuerrecht könnte so geregelt werden, daß die im Unternehmen verbleibenden Anteile geringer belastet, aber die in private Haushalte transferierten Vermögen oberhalb einer bestimmten Grenze, die beispielsweise persönlich genutztes Wohneigentum nicht antastet, höher veranlagt werden.

Die öffentlichen Finanzen in Deutschland, aber auch in anderen führenden westlichen Ländern, gleiten seit Jahren in eine ernste Krise. Diese Krise wird vor allem als Problem der öffentlichen Verschuldung wahrgenommen. In Deutschland stieg die Bundesschuld seit Anfang der 80er Jahre um rund 600%; schon 1997 überstieg die Gesamtsumme der öffentlichen Schulden deutlich die Grenze von 2000 Mrd. DM. Fast jede vierte Steuermark wird inzwischen für Zinszahlungen ausgegeben. Und die Verschuldung wächst weiter. Auch im Bundeshaushalt 1999 wird rund ein Viertel der Ausgaben durch Kredite und Vermögensverkäufe finanziert.

Begrüßenswerte anfänglich neue Ausgabenkante der deutschen Bundesregierung wie eine Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder der Einstieg in das 100.000-Dächer-Solarprogramm können ohne neue Lösungen schon im kommenden Jahr nicht wiederholt werden, weil die 1998 dafür verbuchten Privatisierungserlöse nur einmal eingesetzt werden können. Diese Ansätze werden inzwischen durch das Sparprogramm auch schon reduziert, zum Teil zurückgenommen. Gewichtige Wahlversprechen wie die Anhebung des Wohngeldes, der ökologische Umbau der Gesellschaft und eine moderne Innovationspolitik besonders für kleine und mittelständische Unternehmen sind nicht hinreichend finanziert.

Die Krise der öffentlichen Finanzen wurzelt nicht primär in der Tatsache, daß bislang der „Weg zur sozialen Gerechtigkeit ... mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert“ war, wie es Tony Blair und Gerhard Schröder erklären. Davon kann in den Jahren der vorhergehenden Regierung in Deutschland nicht die Rede sein. Die Krise ist vor allem dadurch verursacht, daß den öffentlichen Kassen zunehmend jene Einnahmeblöcke abhanden kamen, die aus Unternehmensgewinnen und Vermögen gespeist wurden. In der Tat ist es so, daß in Deutschland die Gewinnsteuern und die Einkommensteuer für das gesamte Steueraufkommen eine immer geringere Rolle spielen, während der Anteil der Lohnsteuern allein von 1992 bis 1997 um 20,7% stieg und der größte Einnahmeposten für den Fiskus ist. Die Belastung der Löhne und Gehälter durch Steuern und Abgaben ist wesentlich zu hoch. Im Standortwettbewerb unter den Bedingungen der Krise des Fordismus wurden im wesentlichen nur die großen Unternehmen steuerlich stark entlastet. Die Einkommen aus Vermögen stiegen überproportional an. Der dadurch versprochene Abbau der Arbeitslosigkeit blieb

aus, die Zahl der Arbeitslosen nahm sogar deutlich zu.

Die These vom Hochsteuerstandort Deutschland ist hinsichtlich der Unternehmen an sich nicht zutreffend: Der effektive durchschnittliche Unternehmenssteuersatz beträgt rund 21%. Er ist – der OECD zufolge – innerhalb der Industriestaaten nur in den Niederlanden geringer als in Deutschland, während er in den USA (27,0%), Dänemark (28,6%) und Großbritannien (32,4%) deutlich höher liegt. Würden die deutschen Unternehmen heute noch nach den Maßgaben von 1980 besteuert, stünden dem Bund Jahr für Jahr 100 Mrd. DM mehr zur Verfügung. Das Problem besteht darin, daß die Großunternehmen sich ihrer Steuerpflicht umfassend entziehen bzw. aus ihr entlassen wurden, so daß die Hauptlast bei den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den Lohnabhängigen liegt.

Die Überwindung der Krise der öffentlichen Finanzen kann und muß anders als auf die von der jetzigen deutschen Bundesregierung praktizierte sozial ungerechte Weise erfolgen. Dafür müßten folgende Prinzipien zur Geltung kommen:

- Jede verdiente Mark oberhalb des Existenzminimums (ob aus Lohn, Gehalt, sonstigen Bezügen oder Gewinnen und Erträgen) ist steuerpflichtig, wobei der Grundsatz der Steuerprogression gilt. Die Steuerpflicht gilt nicht für Renten, Einnahmen aus Lebensversicherungen, anderen Altersbezügen sowie – nach Einführung – für die Grundsicherung. Ansonsten bedeutet dies, die Besteuerungsbasis zu verbreitern, Ausnahmen zu beseitigen, der Steuerentsagung der Großunternehmen, der Reichen und der Kredit- und Versicherungsunternehmen wirksam zu begegnen. Die Kapitalgewinne aus Transaktionen auf den internationalen Finanz- und Devisenmärkten werden stärker besteuert. Dazu ist auch mehr Druck auf die Angleichung des Steuerrechts innerhalb der EU nötig.

- Die Entwicklung, die in die Krise der öffentlichen Finanzen geführt hat, hat Nutznießer und Profiteure. Angesichts riesiger ungelöster Probleme der Gesellschaft, die der Finanzierung bedürfen, und der ungerechten Reichtumsanhäufung bei den ökonomisch Mächtigen ist für eine Übergangsphase von etwa 10 Jahren eine auf diesen Zeitraum verteilte Vermögensabgabe auf private Großvermögen und den Vermögensbestand von Versicherungs- und Kreditgesellschaften und Fondsanlagen notwendig.

- Langfristig werden die sinkenden Belastungen durch den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und die Reform des Sozialstaats sowie die Erträge aus dem Begehen neuer Entwicklungspfade positiv zu Buche schlagen. Eine neue Art der Vollbeschäftigung würde die Kosten der Arbeitslosigkeit (in der Bundesrepublik 1998 rund 170 Mrd. DM) erheblich senken und die Steuereinnahmen deutlich erhöhen.

- Alle Ausgaben werden ausgehend von ihrem Beitrag für den notwendigen wirtschaftlichen und sozial-ökologischen Wandel geprüft. Strukturkonservierende Subventionen werden schrittweise abgebaut. Förderungen, die zu einem sozialökologischen Umbau der Gesellschaft und zur damit möglichen Überwindung der Massenarbeitslosigkeit beitragen, werden erhalten und ausgebaut.

- Der Finanztransfer nach Ostdeutschland und die damit verbundenen Entscheidungskompe-

tenzen werden verändert, es wird ein Fonds „soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben“ oder eine Innovationsbank im Rahmen eines „Pilotprojekts Ost“ geschaffen.

- Durch eine Reform der Kommunalfinanzierung wird die verfassungsrechtlich gebotene Selbstverwaltung der Kommunen in neuer Qualität hergestellt. Die Kommunen müssen in der Lage sein, regionale ökologisch orientierte Wirtschaftskreisläufe positiv beeinflussen zu können und bei der Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors eine tragende Rolle zu spielen.

12. Die internationale Sicherheit und die Bewahrung des Friedens hängen vor allem von einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, der Wahrung gewaltfreier Formen der Durchsetzung von Menschenrechten und Ansprüchen ethnischer, politischer und kultureller Gruppen sowie dem Gewaltmonopol der UNO ab.

Aus den Erfahrungen des entsetzlichsten Krieges bisheriger Geschichte und dem Scheitern des Völkerbundes entstanden die Organisation der Vereinten Nationen und in ihrer Charta ein Völkerrecht, das den Krieg ächtet, auf Konsens orientiert und demokratische Grundprinzipien den internationalen Beziehungen zugrunde legt. Fast ein halbes Jahrhundert verhinderte zudem das Gleichgewicht des Schreckens den Schrecken von Kriegen in Europa.

Die Rückkehr des Krieges auf den europäischen Kontinent, seine Ausdehnung in Afrika und Asien, seine Re-Legitimierung durch die Politik der kapitalistischen Metropolen und zahlreicher anderer Staaten ist auch ein Ergebnis der Tatsache, daß die gegenseitige Fesselung der militärischen Arsenale von West und Ost aufgelöst wurde. Vor allem aber zeigt sich, daß es niemals gelungen und wirklich beabsichtigt war, konfrontative und militärische Sicherheitskonzepte durch kooperative und zivile zu ersetzen. Das „Neue Denken“ Gorbatschows hat sich für eine zivile Gestaltung der internationalen Beziehungen als folgenlose Episode erwiesen. Die Bereitschaft des Westens, sich auf solche Vorstellungen einzulassen, wurde mit dem Ende des Warschauer Vertrages und der Sowjetunion aufgegeben.

Internationale Konflikte, Gefahren vielfältiger Kriege und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen haben zugenommen. Ungerechte Weltwirtschaftsbeziehungen und die Unterentwicklung, in der viele Länder des Südens gehalten werden, sind ebenso Ursache heutiger Krisen und militärischer Auseinandersetzungen wie die Ambitionen der USA und der NATO, ein praktisch weltweites militärisches Machtmonopol zu errichten, der undemokratische Charakter der internationalen Beziehungen und die Mißachtung von Menschenrechten, Völkerrecht und Rechten ethnischer, politischer und kultureller Gruppen durch viele Staaten.

Die neoliberale, marktradikale, Globalisierung gefährdet traditionelle Sozialstrukturen und alternative Entwicklungsmöglichkeiten gleichermaßen. Sie geht mit einem Kulturimperialismus einher, der Widerstand hervorruft. Ohne die jeweils spezifischen Ursachen in den einzelnen Ländern und Regionen zu unterschätzen: Diktatorische Regime, ideologischer Fundamentalismus, kriegerische Verteilungskämpfe und die weltweite Militarisierung von Politik sind nicht zuletzt Ergebnisse wirtschaftlicher, politischer

und militärischer Richtungsentscheidungen der Metropolenstaaten.

Antimilitaristische Kräfte sind gegenwärtig schwach, und das Machtmonopol des Westens ist kaum eingeschränkt. Doch eine Politik, die darauf aufbaut, ist kurzfristig, kontraproduktiv und verantwortungslos. Sie schafft neue und verschärft alte Spannungen, zerstört ziviles und kooperatives Denken, und löst bestenfalls kriegerische Konflikte, indem sie neue und langfristig wahrscheinlich schlimmere hervorbringt. Die universale Geltung von Menschenrechten, individueller Freiheit und Demokratie kann nicht mit militärischer Drohung oder Krieg erreicht werden und wird damit auch nicht angestrebt. Aber die Gewährleistung der Menschenrechte ist ein Erfordernis für dauerhaften Frieden.

Wer eine ursachenorientierte Politik zur Verhinderung neuer Kriege, zur Beseitigung bzw. Eindämmung gegenwärtiger militärischer Konflikte will, muß erstens die Mittel des Krieges weltweit und zuerst in den militärisch dominanten Staaten der NATO verringern. Abrüstung muß wieder in das Zentrum der internationalen Politik rücken: Rüstungsexporte sind abzubauen und schließlich zu verbieten, die Produktion neuer Rüstungen, vor allem der Hochtechnologie-Waffen und der Ausbau angriffsfähiger Streitkräfte müssen wirkungsvoll beschränkt bzw. gestoppt werden. Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen kann nur dadurch verhindert werden, daß die aktuellen Kernwaffenmächte selbst abrüsten.

Zweitens muß die erneute Legitimierung des Krieges als Mittel der Politik, und zwar jeder Politik, aufgehalten und das Gewaltmonopol der UNO wiederhergestellt werden. Die Abgabe sicherheitspolitischer Souveränität an demokratisierte internationale Institutionen könnte einer gemeinsamen Sicherheit eine zuverlässige Grundlage geben. Nicht der Ausbau der NATO und die Ausweitung ihrer Militärstrategie oder die Aktivierung der Westeuropäischen Union als militärischer Arm der EU, sondern die entschiedene Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen und - in Europa - der OSZE bieten einen Ausweg aus der Spirale der Kriege.

Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und die Öffnung alternativer und selbstbestimmter Entwicklungsmöglichkeiten für die Länder des Südens ist drittens die wichtigste Voraussetzung dafür, die Ursachen von gefährlichen regionalen Verteilungskämpfen, regionalem Vorherrschaftstreben und lokalem Militarismus zu beseitigen.

Viertens müssen zivile Krisenprävention, die internationale Frühwarnung vor Konflikten, Friedenserziehung und -forschung einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Gewaltfreie und wirkungsvolle Formen zur Durchsetzung der Menschenrechte sowie der Rechte ethnischer, politischer und kultureller Gruppen könnten die bereits bestehenden völkerrechtlichen Instrumente ergänzen.

Auch Frieden kann nur die Fortsetzung von Politik sein. Die Fortsetzung der gegenwärtigen Weltwirtschaftspolitik, der derzeitigen sicherheitspolitischen Vorstellungen, der traditionellen machtpolitischen Instrumentalisierung der Menschenrechte und der aktuellen westlichen Haltung gegenüber UNO und OSZE ist friedensuntauglich. Die sozialistische Linke muß zu einem Neubeginn auf jedem dieser Felder beitragen.

Quelle: <http://www.pds-online.de>

Neu!

Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden ist kein Geschenk



NEUZEITUNG ANTIKRIEGS UND FÜR DEN FRIEDEN
GEGEN AUSBEUTERIE

Horst Schneider
Dez. 1999

In sechzehn Aufsätzen stellt Horst Schneider Gegenargumente zu herrschenden Meinungen vor. Darüber hinaus enthält die insgesamt 36 Din A4 Seiten umfassende Broschüre acht Seiten Dokumente.

Inhalt: Einleitung: „Prüfe die Rechnung, du mußt sie bezahlen“ (Bertolt Brecht) – „Diese Entscheidung war ohne jede Alternative“ (Gerhard Schröder) – „Ich bin die NATO, dein Gott, du sollst keine anderen Götter neben mir haben“ (Uta Ranke-Heinemann) – „Ein Fall von Notwehr“ (Roman Herzog) – „Die Bomben zerstören mehr als sie schützen“ (Willy Wimmer) – „Der Humanismus wird begraben. Ich fürchte ohne Chance auf Auferstehung“ (Metropolit Amfilohije) „Das erste, was in einem Krieg auf der Strecke bleibt, ist die Wahrheit“ (Hiram Johnson) – „Der Westen holt Rußland ins Boot“ (Sächsische Zeitung, 7. Mai 1999) – „Topmanager des Kriegshandwerks“: Klaus Naumann – „Der Rambouillet-Vertrag war eine Kapitulationsurkunde“ (Hermann Scheer) – Die NATO - „Luftwaffe der UCK“? (Egon Bahr) – „Die Grünen haben ihr Gewissen gegen ein Linsengericht der Macht eingetauscht“ (Ute Ranke-Heinemann) – „Von deutschem Boden darf kein neuer Krieg ausgehen“ (Erich Honecker und Helmut Kohl) – „Europa muß mit Milliarden beim Wiederaufbau helfen“ (Kurt Biedenkopf) – „Wenn wir nach dem Ende der militärischen Auseinandersetzung die ganze Wahrheit erfahren, wird das Erschrecken sehr, sehr groß sein“ (Rudolf Scharping) – Literaturauswahl – Dokumente

Bezug über
GNN Verlag Süd GmbH,
Stubai-er Straße 2,
70327 Stuttgart,
Tel.: 0711-62 47 01, Fax: 0711-62 15 32.

Preis 4.50 DM zzgl. Porto,
Mehrfachbezieher 30% Rabatt

Einzelbestellung 6 DM in Briefmarken beilegen
oder **Konto und BLZ für Bankeinzug** angeben
angeben.

Mehrfachbestellung ab 3 Exemplare gegen
Rechnung.

1. September: Antikriegstag

1. September bis 31. Oktober: Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ ist in Osnabrück. Altbau des Kulturgeschichtlichen Museums, Lottestr. Kontakt: VHS Osnabrück, Frau Keller, Bergstr. 8, 49076 Osnabrück, Tel. (05 41) 323-45 24

4. September: Nach dem Balkankrieg. Tagung: *Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften*. Veranstalter: Bundesvorstand dju in der IG Medien, versch. IG-Medien- und HBV-Landesbezirke, Initiative Neue Soziale Politik, Zukunftsforum Stuttgart, Initiative linker GewerkschafterInnen, Labournet, Bundesausschuß Friedensratschlag, Redaktion express, Forum Gewerkschaften/Redaktion Sozialismus. Themen: Kriegsursachen – neue Weltordnung (Plenum): Forum 1: Krieg als Medieninszenierung; Forum II: Was kostet der Krieg? Und: Wer bezahlt ihn? Plenum: Die Haltung der Gewerkschaften zum Krieg – Antworten auf die neue Weltordnung (Podiumsdiskussion). Anmeldung bei: Forum Gewerkschaften/Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Fax (0 40) 28 05 05 68, e-mail: tagung@sozialismus.de. Tagungsort: DGB-Gewerkchaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt/Main. Weitere Informationen: <http://www.sozialismus.de/aktuell>

5. September: Landtagswahl in Brandenburg und Saarland

11. September: 21. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Ort: Münster, Näheres wird noch bekanntgegeben. Thema: *Kriegstreiber stoppen! Nazistrukturen auflösen! Perspektiven gegen Militarismus, Rassismus und Sozialabbau entwickeln*. Es ist folgender Ablauf vorgeschlagen: 10.45 Eröffnung; 11.00 Uhr Podiumsdiskussion mit u.a.: Annelie Buntentbach (B 90/Grüne) und Winfried Wolf (PDS), 13.15 Arbeitsgruppen, 16.30 Uhr Plenum mit Ergebnissen der AGs und Perspektivendiskussion. Als Arbeitsgruppen werden geplant: Kampf gegen Krieg und Militarisierung; Neuer Schub für den Revanchismus durch den Krieg! Ökofaschisten sind kein Teil der Umweltbewegung!; Neofaschistische Subkultur und akzeptierende Jugendarbeit; Gegen Abschiebungen – Kein Mensch ist illegal; Kampf um das politische Mandat der Studierendenschaft; Neue Entwicklungen im Neofaschismus; Solidarität gegen staatliche Repression; Perspektiven gegen Sozialabbau

12. September: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

19. September: Landtagswahl in Sachsen

23./24. September: Tagung: *Mißbrauch im Sozialhilfebezug*. Was hat es mit der Diskussion um den „Mißbrauch von Sozialhilfe“ auf sich? Was ist eigentlich „Mißbrauch“ von Rechten im System der sozialen Sicherung? Wo sind die Grenzen zwischen rechtmäßiger Ausübung von Rechten und ihrem Mißbrauch? Und wie steht es um die Rechtmäßigkeit von Behördenentscheidungen um die Bewilligung von Leistungen aus der Sozialhilfe oder die Ablehnung? ReferentInnen sind u.a. Dietrich Schoch, Verwaltungsfachhochschule Ffm, Cora Molloy von der BAG der Sozialhilfeinitiativen. Veranstalterin: Evangelische Akademie, PF 1205, 34362 Hofgeismar. Tagungsbeitrag: 147 DM, 50% Ermäßigung für Schüler etc. Weitere Ermäßigung auf Anfrage. Programmblatt bei der Akademie, Tel. (0 56 71) 88 11 18, Fax 88 11 54

1.-3. Oktober: Tagung: *Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“* – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

7. bildungspolitische Konferenz der PDS 5. bis 7. November 1999 in Schwerin

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung für Bildung auf dem Weg nach Europa

Aus der Programmankündigung:

Samstag, 10.00 Uhr: *Lernen und Ausbilden in Zeiten der „Neuen Mitte“ – gesamtgesellschaftlicher Bildungsauftrag für die Zivilgesellschaft* (Plenum)

Ab 13.30 Uhr parallele Foren:

- Kinder und Jugendliche am Ende des „Jahrhunderts des Kindes“ und die Bildung im Medienzeitalter • Wir über uns. Wie Schüler sich Schule wünschen. • Was hindert Pädagogen, Pädagogen zu sein? • Voneinander lernen oder der Reiz des Anderen – die europäische Dimension im Bildungswesen • Störfaktor Kinder und Jugend und Rechtsradikalismus – ruhigstellen, ausgrenzen, verarmen, bekämpfen oder akzeptieren. Partizi-

8. Oktober: CSU-Parteitag in Nürnberg

10. Oktober: Wahlen zu Abgeordnetenhaus und BVen Berlin

15. Oktober: In Hamburg ist die Wissenschaftliche Konferenz „Der Krieg – Analyse eines Exempels – Lehren aus dem Krieg im Kosovo, Worüber wir nachdenken müssen“ geplant. Veranstalter: AFK, BdWi, BBU, Pro Asyl, DFG/VK, IALANA, NaWi. Kontakt: Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden, Gutenbergstr. 13, 44139 Dortmund, Tel. (02 31) 57 52 02; E-Mail: ines_nat@t-online.de. Internet: <http://fuj.physik.uni-dortmund.de/nawi/>

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

28. bis 31. Oktober: 22. Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover; Motto: „Gegenmacht von unten“, Thema u.a.: Expo 2000 + Foren zu Weltwirtschaft und Globalisierung; Soziale Frage / Soziale Kämpfe; Standortnationalismus und Neue Weltordnung; Modell Deutschland zwischen Expo-Rhetorik und Nachhaltigkeit. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56. E-Mail: buko@cl-hh.cl.sub.de Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/critical-shareholders/buko.htm>

30. Oktober bis 1. November: Bundeskongreß der DFG/VK, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17. E-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

19.-21. November: Arbeitstagung in Hamburg: *Krieg der NATO gegen Jugoslawien – zivile Friedensarbeit als Alternative. Gewalt an den Schulen – Zivilcourage als Programm*. Veranstalterin: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) in Verbindung mit dem „Ausschuß für Friedenszerziehung der GEW Hamburg“ und dem „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation Hamburg“.

20. November 1999: Dritter Workshop der PDS zum Genossenschaftsgedanken und zum Ringen darum, ihn umzusetzen. In einem Schreiben des Parteivorstandes heißt es dazu: „...ist die Diskussion im Kontext mit sozialer und ökologischer Regionalentwicklung vorgesehen. Das Zusammensein soll zugleich zwei praktische Dinge in die Wege leiten: Einmal geht es um konkrete Absprachen über Projekte, die wir unterstützen oder gründen könnten, zum anderen über eine andere Arbeitsform“. Weitere Informationen später.

6. bzw. 7. bis 8. Januar: Vormerken: *Linke Winterschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Friedrichroda.

zipation, Jugend- und Schulsozialarbeit entwickeln • Bürger oder Bürger? Politische Bildung für die Emanzipation oder den „Standort Deutschland“? • Berufsbildung für welche Arbeitswelt? Polytechnik, lebenslang Module, Facharbeiter? • Veränderung und Schulentwicklung von unten in Kommunen und Regionen, Mut zum Widerstand – aber wie? • Unternehmen Kindergarten, Autonomie der Schule, Budgetierung, Werbung, Neues Steuerungsmodell, Bildungsgutscheine – Vorstufe für Privatisierung und Bildungsaktien?

Sonntag, ab 9.30 Uhr: Ergebnis der Foren Podiumsdiskussion: *Veränderung jetzt, und davon möglichst viel!*

Das detaillierte Programm erscheint im September bei: Parteivorstand der PDS, AG Bildungspolitik, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. (0 30) 24 00 95 62, Fax: (0 30) 24 11 046

